

licht, für
werben?

ist bei den
aber in den
etwas Ver-

Zeichentalent
mäßig billige
ht G. m. b. H.,
werden, welcher
u führen.

„Arbeits-
die Leute nicht
immen.

Auguste.

längeren Auf-
Haslberghaus
unt, und nach
idheit und Ar-
ert — zu der
olung ins Aus-

man die Bewis-
wirkliche Erhö-
lich ist, die wei-
Jhr Haus be-
nien will, und
och auch wieder

ut zu den so oft
nter- und Früh-
il im Bild auf
and, namentlich
o in den folgen-

n. Seine wind-
angefichts der
agliche Einrich-
Diätküche) und
Räumen haben
Gästen lieb ge-
er Ferne finden
nützlich arbeiten-
angepaßt. Auf-
her Pflege und
esen und Förder-
ate mit reichem

hard, Pfarrer.

„preußischen“
k lebendig und
im September-
München) aus-

le Bewegungen
soziale Bedeu-
sozialen Gesetz-
Damaschkes und
mus sieht Haus-

Spenglers, des-
ie Technik“ von
t kritisch gewür-
durch einen Bei-

Botlosigkeit als
fähigkeit nicht be-
europäer schil-
iglich untersucht,
senbewegung an
echt verkündigt?

ische Spekulation-
ne humanistische
lehter Ausdruck

Zeitschrift kann
aber jetzt in den
Lektüre besorgt
eintwende“ hinge-
Mark und kann
oder direkt vom

Bosen

alt ist einer Krie-
gangen. Es han-
it Mühe ersparte
verwandt werden
m Abgabe an un-

r Anstalt Bethel.

tag den 18. Sept.
fürthnerhaus.

thel.

Reform-Pflanzen

nd Weltpolitik:
alle in Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.36 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig,
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 225.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 26. September 1931.

13. Jahrgang.

Gebet.

Du heiliges Leben, ewiges Licht,
woldest uns geben, was uns gebricht:
Deine Nähe, — Dein Licht, — Deine Kraft, —
Deine Liebe, die alles schafft.
Ström' uns aus Deiner Allgegenwart zu
in Not und Kampf tieferer Ruh. —

Schw. S. Kampf.

Die Sphinx des Ostens.

Japans Stellung in Ostasien
in Vergangenheit und Gegenwart.

Von Heinz Manthe/Düren.

Der Schwerpunkt des europäischen Interesses an der Weltpolitik liegt seit Jahren unverändert in Europa und bei der Lösung der immer mehr sich verwirrenden Probleme, die durch die Liquidierung des Krieges und seiner Zwangsverträge aufgeworfen wurden. So blieb ein Hauptgebiet weltpolitischen Geschehens ziemlich außerhalb des europäischen Gesichtskreises sehr zum Nutzen der am meisten dabei beteiligten Macht Japan. Zuletzt hat dieses 1925 die eingehendere Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt, als es mit Rußland seinen alten Streit um die Mandschurei ins Reine brachte, der jedem Lande seine Interessensphäre klar abgrenzte. Daß Japan seitdem die chinesischen Ereignisse aufmerksam beobachtet und sie als förderlich für seine Pläne ausgewertet hat, haben die Ereignisse der letzten Zeit klar gezeigt. Sie bedeuten einen weiteren Schritt Japans auf seinem raschen und unaufhaltsamen Wege zur Vormacht Ostasiens. Sie beleuchten grell einen Weg, den Japan stets zielbewußt gegangen ist, dabei aber so vorsichtig und unbeachtet, daß man ihm mit Recht den Beinamen der „Sphinx des Ostens“ gegeben hat.

Wir sind lange gewohnt, mit Japan als Großmacht und Weltmacht zu rechnen, während vor kaum hundert Jahren noch die Kunde von ihm sagenhafter war als die von China. Während in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Europa mit Gewalt seine Beziehungen zu China anknüpfen mußte, erkannte Japan sogleich klug die Vorteile einer Verbindung mit dem Abendlande: es schloß kurz hintereinander Handelsverträge mit England, Rußland und Preußen. Nationale Widerstände des altadeligen Japanerturns wurden von dem fortschrittlich gesinnten Mikado unterdrückt, der, bisher oberster Priester, nun auch weltliches Oberhaupt wurde und als Kaiser einen neuzeitlichen Verfassungsstaat schuf. Seitdem — es war 1867 — begann eine beispiellos schnelle Entwicklung des Inselreiches, das sich alle Errungenschaften westlicher Kultur aneignete, ohne dabei seine völkische Eigenart preiszugeben.

Dem schnell wachsenden Volke wurden bald die engen Landschaften des bergigen Inselreiches zu klein; man mußte nach fremden Siedlungsgebieten Umschau halten. Dafür kam zunächst das stammesverwandte China in Frage. Ein Konflikt um das Protektorat über das Kaiserreich Korea gab den gesuchten Anlaß zum Kriege von 1894/95, der mit einer völligen Niederlage der elenden chinesischen Milizen durch die preußisch ausgebildeten Japaner endete. Formosa wurde damals japanisch; aber festländische Erwerbungen wurden durch das Eingreifen der Großmächte verhindert. Japan mußte sich der Uebermacht fügen, wartete aber einmütig auf den Tag der Rache. Zehn Jahre später fühlte es sich stark genug, mit dem nächsten und gefährlichsten Nebenbuhler Rußland abzurechnen, das Japans Interessen in Korea und der Mandschurei bedrohte. Rußland wurde völlig geschlagen. Japan erhielt Korea, Port Arthur als Flottenstützpunkt, den Süden der Insel Sachalin und die Verwaltung der mandschurischen Bahn. Nur zu bekannt ist es noch, wie Japan dann im Weltkrieg die günstige Gelegenheit benutzte, Deutschland aus Kiautschou zu vertreiben und sich die nordäquatorialen Inseln der deutschen Südseebesitzungen anzugewinnen.

Längst fühlte sich Japan als Großmacht Ostasiens; ja, als Weltmacht, nachdem England 1902 mit ihm ein Bündnis abgeschlossen hatte. Und seit dem großen Erfolge von 1905 durfte man Japan als wichtigste Macht im gesamten Umkreis des Stillen Ozeans ansehen. Ueberall sah man es jetzt mit der „friedlichen Durchdringung“ dieses Gebietes beschäftigt. In Niederländisch-Indien, auf den Südpazifik, in Australien, Mexiko, in der Union, in Südamerika, überall ist die japanische Einwanderung ein wichtiges Bevölkerungsproblem geworden, zumal hinter jedem japanischen Kuli aufmerksam die Regierung stand, stets bereit, mit allen Mitteln diplomatischer List ge-

liche Maßnahmen gegen die gelbe Einwanderung zu verhindern oder unwirksam zu machen; stets auch Meer und Flotte für den Ernstfall schlagbereit haltend. Hierbei denkt Japan wohl weniger an eine Auseinandersetzung mit Rußland, dessen Interessenschwerpunkt doch auf lange Zeit im Westen liegen dürfte, als an eine solche mit der Union. Daß es kein leichtes Ringen sein wird, daß es sich leicht zu einem östlichen Weltkrieg ausweiten kann, weiß niemand besser als die Japaner. Darum gilt ihre Politik seit Jahren einer möglichst Kräftigung ihrer östasiatischen Position. Dabei spielt die Mandschurei eine wesentliche Rolle. Ihre wirtschaftliche Ausbeutung ist seit 1925 Japans eigenste Angelegenheit — und es ist allerhand dort auszubeuten: Kohlen, Eisen, Kupfer, Silber, Gold, Graphit, Salz, dann Petroleum, Schwefel, Zink, Quecksilber und andere Mineralien. Eine umfangreiche Eisen- und Hüttenindustrie ist im Entstehen, vor der China als unermessliches Absatzgebiet liegt. Es kann Japan nicht gleichgültig sein, wenn in einem solchen Lande dauernde Unruhen und Kämpfe durch politisierende und abenteuernde Generale herrschen. Und wenn es jetzt in der Mandschurei militärisch vorgeht, so wagt es damit vitale Interessen. Etwaigen Einreden anderer Mächte oder gar des Völkerbundes kann es immer entgegenhalten, daß es nur Ruhe und Ordnung schaffen will, da ja offenbar China nicht in der Lage ist, zu ruhigen Verhältnissen zu kommen. Die Bevölkerung der Mandschurei wird sich leicht mit einer Japanisierung des Landes abfinden, wenn sie nur ruhige Entwicklung bedeutet. Die Mandschurei wird dann sicher eine noch größere Anziehungskraft auf chinesische Einwanderer haben als bisher, wo sie schon jährlich über eine Million Siedler aus China anzieht. Bei einer solchen Entwicklung werden schließlich auch die anderen Mächte am besten fahren, da sie mit einer friedlichen und blühenden Mandschurei unter Japans Leitung mehr und bessere Geschäfte werden machen können, als mit einem unter chinesischer Mißwirtschaft mehr und mehr verkommenen Lande.

Muß die Entwicklung zwangsläufig zum Staatskapitalismus führen?

(Schluß.)

Worin besteht dieser Umschwung? Auf den Wegen der Produktionswirtschaftslehre, die bis jetzt bei uns allein gegolten hat, lassen sich die Ursachen, die zur Wirtschaftskrise geführt haben, restlos aufdecken, aber damit schließt sie auch ab; sie vermag keinen Weg zur Rettung zu nennen. Die jüngste Wirtschaftsbetrachtung sieht die Wirtschaftsvorgänge in der Dynamik ihres Ablaufs. Sie fügt also die Erforschung der Laufvorgänge als wesentlichen Bestandteil in die Volkswirtschaftslehre ein, und damit muß sie auf die Bedeutung des Geldes in der arbeitsteiligen Wirtschaft stoßen. In dem Augenblick, in dem das Geld der Kritik unterworfen wird, erscheint die Wirtschaft selbst nicht mehr als Schicksal, sondern als Aufgabe, die gelöst werden muß. Nur weiß man noch nicht, wie das geschehen soll. Es fehlt nicht an Vorschlägen, ihre große Zahl ist vielleicht die Ursache, daß wir auf diesem Wege noch nicht weiter gekommen sind. Ganz allmählich scheidet sich m. E. auch hier Wesentliches und Unwesentliches. Worauf es ankommt, ist zunächst, daß das Geld in ausreichendem Maße vorhanden ist, daß die Ausgabe aber nicht in einem beliebigen Umfange erfolgt, sondern sie muß immer durch eine entsprechende Warenerzeugung unterbaut sein. Dadurch scheidet zunächst die Goldwährung aus der Betrachtung aus, denn durch sie wird die Geldausgabe mechanisch gebunden an einen Stoff, der vielleicht gar nicht in einem genügenden Maße vorhanden ist, weshalb eine Drosselung der Wirtschaft eintreten muß. Die neue Geldverwaltung muß sich automatisch der Gütererzeugung anpassen. In einem der letzten Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung erklärt der Präsident des statistischen Reichsamts, Prof. Wagemann: „Alle Theorien über die Geldschöpfung sind abwegig, die die Frage, ob eine Geldausgabe inflationistisch sei oder nicht, ausschließlich nach den Deckungsprinzipien beurteilen wollen. Zur Verhütung einer Inflation muß an ganz andere Kriterien angeknüpft werden. Oberster Grundsatz ist natürlich, daß die Geldausgabe die Nachfrage nach Waren nur dann geldlich unterbauen darf, wenn ihr ein entsprechendes Warenangebot gegenübersteht. Nach welchen Grundsätzen soll man denn nun den Bedarf an Zahlungsmitteln regeln? Hier bleibt als einziges Schuttmittel gegen die Inflation die Beobachtung des Preisniveaus.“ Und das internationale Arbeitsamt in Genf stellt fest: „Wie kann man den Parallelismus zwischen Produktion und Zahlungsmitteln feststellen? Ganz einfach

an der Festigkeit des Preisstandes. Steigt der allgemeine Preisstand, so geschieht es deswegen, weil die Zahlungsmittel rascher vermehrt worden sind als die Waren, während sie sinken, wenn ein verhältnismäßiger Mangel an Zahlungsmitteln herrscht.“ Ich denke, diese wissenschaftlichen Institute sind dazu da, daß sie uns tiefere Einsichten in die Wirtschaftsvorgänge gewinnen lassen. Aber die Wege, die wir in der Praxis gehen, schlagen an den entscheidenden Punkten den neuen Erkenntnissen ins Gesicht.

Das andere ergibt sich von selbst: Die monopolistische Macht der Geldgeber auf die Währungs- und Zinspolitik ist zu brechen. „Auch das Geld ist, genau wie z. B. die Güterwagen, ein vom Einzelnen nicht in freier Konkurrenz beliebig vermehrbarer Gegenstand. Es kann nicht jeder sein eigener Münzmeister und Notendrucker sein. Die deutsche Reichsbank allein setzt Geld in Verkehr, und zwar in begrenzter Menge. Die Geldscheine und Münzen sind also nicht beliebig vermehrbar, genau wie die Güterwagen, die Apotheken, die Eisenbahnkonzession zwischen Schierke und Braunlage, die Hebammenniederlassungen, die Mutungen. Während aber der Staat bei all den oben angeführten Monopolstellungen die Ausnutzung des Monopols durch Strafe erzwingt (Verlust der Apothekenkonzession, Mutung, Erlöschen des Patentes, Zahlung von Wagenstandgeld usw.) bewilligt der Gesetzgeber eine Belohnung dafür, daß der Geldbesitzer die Monopolstellung seines Besitzes an dem Hundertmarktschein ausnützt. Diese Belohnung wird „Zins“ genannt. Der Zins entsteht also — juristisch betrachtet — dadurch, daß der Gesetzgeber es verabsäumt hat, in seine geldrechtlichen Bestimmungen eine Strafbestimmung entsprechend den Strafbestimmungen in den übrigen „Monopolgesetzen“ einzufügen, die den Geldbesitzer zwingt, das ihm verliehene Monopolrecht, das mit dem Geldbesitz verbunden ist, auszunutzen. Somit hat der Geldmonopol-Inhaber die juristische Möglichkeit, Zins zu erpressen, genau so wie der Besitzer eines Wagens ohne das oben erwähnte Wagenstandgeld eine Zinserpressermöglichkeit haben würde. In 24 Gesetzen, in zwei Dutzend Rechtsmaterien sehen wir befristete Monopolstellungen, Zwang zur Benutzung staatlich verliehener Vorrechte, Strafbestimmungen bei erpresserischer Nicht-Ausnutzung, alles im Sinne des Satzes „Eigentum verpflichtet“. Im juristisch unlogischen Gegensatz hierzu ist im Geldwesen die Monopolstellung unbefristet, kein Zwang zur Benutzung des Geldes vorhanden, vielmehr eine Belohnung für den Benutzungsfall zugestanden. — Da die Macht der Finanz also in der Art unseres Geldwesens begründet liegt, gilt es, das System selbst zu ändern, d. h. dem Geld die Möglichkeit zu nehmen, sich vom Markt zurückzuhalten und dadurch Krisen erzeugen zu können. Daß es geschieht, braucht, glaube ich, nicht mehr bewiesen zu werden, daß Lohn- und Gehaltsempfänger an diesen Vorgängen nicht beteiligt sind, dürfte ebenso klar sein. Sie geben ihr Einkommen im Laufe der Woche oder des Monats wieder aus, und wenn wirklich einmal ein Rest übrig bleiben sollte, so lassen sie ihn auf der Bank oder auf den Sparkassen, die die Beträge der Wirtschaft wieder zuführen. Trotzdem bleibt es dabei, daß das Geld sich zu Zeiten seiner Bestimmung entzieht. Wenn unsere Reichsbank 5 bis 6 Milliarden Mark in den Verkehr gegeben hat, und es der Wirtschaft doch noch an Barmitteln fehlt, dann stimmt etwas nicht. Es ist immer wieder gesagt worden, daß von diesen 5 Milliarden nur die Hälfte wirklich in der Wirtschaft arbeitet, während die andere Hälfte zu Spekulationszwecken zwischen Banken und Börsen Spekulationen macht. Dieser Behauptung kann vielleicht widersprochen werden, aber nicht der, daß das Geld zu träge umläuft. Diese Möglichkeit, die dem heutigen Gelde gegeben ist, einmal rasch und dann wieder langsam umzuläufen, kann ihm dadurch genommen werden, daß es unter Umlaufzwang gesetzt wird. Ob dies noch auf einfachere Weise geschehen kann, als durch das von Silvio Gesell vorgeschlagene Schwundgeld, wage ich nicht zu entscheiden. Fest steht, daß auf dem von ihm empfohlenen Wege die Beherrschung des Umlaufs in die Hand des Menschen gelegt ist.

Und was ist damit gewonnen? Eigentlich alles. Wenn immer gesagt wird, wir müßten vom Ausland Kapital haben, so stimmt das m. E. nicht. Von unserm Kapital liegt zur Zeit 25 Proz. unbenutzt da, es verrottet und verkommt. Was wir haben müssen, ist Kredit, der uns würde sagen, sind Devisen, damit wir Rohstoffe einführen können, und, was vielleicht noch wichtiger ist, damit wir den Notenumlauf im Lande steigern können. Von dieser letzten Sorge wären wir dann endgültig befreit. Wir hätten so viel Geld, wie wir gebrauchen, aber nicht mehr. Was nun noch zu sagen ist, ist eigentlich so einfach wie

einleuchtend. In kurzer Zeit wird unsere Wirtschaft in Vollbetrieb sein, wir werden nicht allein unsere Schuldverpflichtungen lösen können, sondern wir werden selbst ein Gläubigerstaat werden. Und die internationalen Verpflichtungen, die uns erst bedrückten, werden sich sogleich beheben. Das gute Beispiel, das wir gegeben haben, wird die andern zur Nachahmung anspornen, und sie werden die gleichen Erfolge haben, die wir zu verzeichnen hatten. Wenn sich aber Völker an den Verhandlungstisch setzen, die über eine Volkswirtschaft verfügen, gleichsam wirtschaftlich satt sind und darum den wirtschaftlichen Dingen nicht das Alleinrecht einer Betrachtung einräumen, dann wird die Einigung viel leichter erfolgen als jetzt, wo sie alle unter einer furchtbaren Mangelwirtschaft leiden, die es wagt, von Ueberproduktion zu reden. Ja, was bedeutet Ueberproduktion in der Mangelwirtschaft und was in der Volkswirtschaft? Für die Staaten, denen es gelungen ist, eine krisenfreie Wirtschaft und eine kaufkraftbeständige Währung zu schaffen, kann dann das eintreten, was das ganze Werk krönen wird, die internationale Valuta-Assoziation. Ueber ihre Wirkungsweise kann hier nicht mehr ausgeführt werden. Erinnert sei an die lateinische Münzunion und dann an die Tatsache, daß alle Staaten einen festen Preisstand gewonnen haben werden. Dann bedarf es keines unveränderlichen Wertmaßes mehr, den so lange das Gold dargestellt hat, das, wenn man einmal seine Kaufkraftschwankungen ansieht, zum Messer des Wertes bestimmt nicht besser geeignet ist als der Regenwurm zum Längenmaß.

Dann werden die Völker gemeinsam den Akkord der Arbeit anschlagen, der nicht mehr durch den Mißton einer hereinbrechenden Krise gestört sein wird. In der Zusammenarbeit erst wird es dem einzelnen Volk möglich sein, das Wort in der Geschichte zu sprechen, das ihm vermöge seiner Eigenart als Sonderaufgabe zuteil geworden ist.

H. Wagts, Kiel.

Volksdienst und Zentrum.

Auf der Leipziger Reichstagung des Christlich-sozialen Volksdienstes am 20. 9. hielt der zweite Reichsvorsitzende Gustav Hüfner einen Vortrag über die Stellung des Volksdienstes zu den Parteien. Bezüglich der Leiden katholischen Parteien führte er folgendes aus:

„Gegenüber dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei ist unsere Einstellung für uns als eine politische Bewegung evangelischer Christen klar gegeben. Wir achten die religiöse Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung unserer katholischen Volksgenossen und fordern für den evangelischen Volksteil nicht mehr als Freiheit und Gleichberechtigung. Darüber hinaus bejahen wir die Gemeinschaft des christlichen Glaubens und des gemeinsamen Volkstums sowie die gemeinsame Verantwortung und Aufgabe der evangelischen und katholischen Deutschen in der Verteidigung von Glaube und Heimat. Dazu brauchen wir heute mehr als je den konfessionellen Frieden. Wir brauchen aber auch beiderseits Vertrauen und guten Willen. Das Vertrauen der Evangelischen in den guten Willen des Zentrums, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des evangelischen Volksteiles auch in der praktischen Politik anzuerkennen, ist in weiten Teilen Deutschlands ernsthaft erschüttert, wo das Zentrum mit der Sozialdemokratie seit Jahren in Koalitions- und Regierungsgemeinschaft steht. Hier ist vor allem in der Schul- und Personalpolitik vielfach schweres Unrecht am

Jungführer tun not!

Die zweite Jungführerschulung des BR-Landesverbandes Westfalen, die am letzten Sonntag in Dortmund stattfand, war ein Werktag in schwerster Notzeit.

Nach der Morgenandacht des Landesführers P. Vühking im Melanchthonshaus hielt Herr Lehrer Perz ein längeres Referat über das Thema: „Der Jungführer“. Mit aller Klarheit wies er auf den unheilvollen Miß hin, der mitten durch unser Volk geht: auf der einen Seite die Gottgläubigen und auf der anderen Seite die zu immer bedrohlicherem Angriff übergehende Phalanx des Antichrist. In einer solchen Situation macht sich der Mangel an wahrhaftem Führertum äußerst verhängnisvoll bemerkbar. Wie dem deutschen Volke überhaupt, wie den verschiedensten christlichen Verbänden und Vereinen, so fehlt auch dem Bund deutscher Bisekreise das notwendige Führermaterial. Diesem Mangel so weit wie irgend möglich abzuhelfen ist Sinn und Aufgabe der Jungführerschulung, die damit zu einem der bedeutendsten Programmpunkte des BR wird. Bei allen Vorzügen, die gerade der Jungführer im Umgang mit der Jugend genießt, darf jedoch das eine nicht übersehen werden: Das ist die Problematik des Autoritätsgebahrens! Es ist richtig, daß der Jungführer die Jugend besser versteht, ihr nicht nur zeitlich, sondern auch innerlich näher steht und sie infolgedessen besser zu nehmen weiß, aber in punkto Autorität ist ihm der ältere Führer doch wesentlich überlegen. Indes, es gibt ein Mittel, um auch diese Lücke auszufüllen: Vorbild sein im Gehorsam und im Diensten! Nicht schöne Worte und schwungvolle Reden machen den Führer aus, sondern allein die Persönlichkeit und der in dieser Persönlichkeit verkörperte Tatwille! Worte sind nichts, die Tat ist alles! Tat in der getreuen Nachfolge Christi, die keine Opfer scheut und keinen Schwierigkeiten aus dem Wege geht.

Zu dieser inneren Ausrichtung hat sich dann ganz selbstverständlich eine Reihe organisatorischer und praktischer Fähigkeiten zu gesellen. Es ist ohne weiteres ein ganz erheblicher Vorteil für den Jungführer, wenn er nicht nur in den Grundsatzfragen, sondern auch in Turnen, in Spiel und Sport der Jugend als leuchtendes Vorbild gilt. Er muß der Mann auf dem rechten Platz sein bei der Vorbereitung von Wanderausfahrten, beim Aufbau des Lagers und bei all den vielen anderen

evangelischen Volksteil begangen worden. Zugegeben, daß z. B. in Preußen für den katholischen Volksteil manches Unrecht der Vergangenheit gutzumachen war. Das rechtfertigt aber nicht die rücksichtslose und überstürzte Art, wie das oft geschehen ist. Dagegen wehren wir uns nicht so sehr in „Wahrung evangelischer Interessen“, als in Abwehr der Gefahr, daß der evangelische Volksteil dem Staate auf die Dauer entfremdet und die konfessionelle Kluft in unserem Volke unüberbrückbar erweitert wird. Wir übersehen nicht die Schwierigkeit, die darin liegt, daß der größere Teil des gläubigen evangelischen Volksteiles lange Zeit dem neuen Staate ablehnend, ja feindselig gegenüberstand. Aber auch die herrschenden Parteien tragen daran viel Schuld, das ist längst von vielen überzeugten Republikanern zugegeben worden. Die neuen Herren der jungen Republik sind oft schlechte Schulmeister gewesen!

Die evangelischen Landes- und Freikirchen haben sich ehrlich auf den Boden der Verfassung des jungen Staates gestellt. Das ist durch den Preussischen Kirchenvertrag erneut bekräftigt worden. Dem Zentrum fällt die gesamtliche Aufgabe zu, durch die Liquidierung einer unerträglichen und ungesunden Machtpolitik, wie sie von seiner preussischen Landtagsfraktion getrieben ist, der Zusammenfassung aller staatsbejahenden christlichen Volkskräfte zur Ueberwindung unserer volklichen und staatlichen Not die Wege zu ebnen. Dazu gehört auch die Beseitigung der konfessionellen Einseitigkeit im bayerischen Landeswahlgesetz, über das in diesen Tagen der Bayerische Staatsgerichtshof zu befinden hat.

Unsere praktische Haltung zum Zentrum wird davon abhängen, wie weit es diesen Forderungen der Gerechtigkeit und des Staatsinteresses Rechnung zu tragen bereit ist.

Sozialdemokratie und Angestelltenrecht.

Es ist schon immer das Bestreben der Sozialdemokratie gewesen, jeden Unterschied in der sozialrechtlichen Stellung zwischen Angestellten- und Arbeiterchaft zu beseitigen. Man kennt die jahrelangen Bestrebungen dieser Partei, die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung zu vereinigen. Ohne sich über den Arbeiterstand erheben zu wollen, muß aber doch zum Ausdruck gebracht werden, daß Gleichheit in sozialrechtlicher Hinsicht ein großer Nachteil für die Angestellten bedeuten würde. Deshalb hat auch der Gesamtverband der Deutschen Angestelltengewerkschaften unter Führung des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes stets gegen diese Absichten einen energischen Abwehrkampf geführt.

Nun spielt sich seit einiger Zeit zwischen den sozialistischen Angestelltenverbänden und den Arbeiterorganisationen gleicher Richtung eine bemerkenswerte Auseinandersetzung ab, die hervorgerufen wurde durch einen scharfen Vorstoß des Herrn Nörpel, welcher in seiner Eigenschaft als Arbeitsrechtler des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ auf der kürzlich stattgefundenen Tagung dieses Bundes die Beseitigung des bestehenden Angestelltenrechtes forderte. Nörpel begründet diesen für einen Gewerkschaftler merkwürdigen Standpunkt damit, daß es Aufgabe des demokratischen Staates sei, seine Staatsbürger in bezug auf gesetzliche Sicherungen gleich zu behandeln. Hinsichtlich ihrer Tätigkeit un-

Dingen, die das Leben der Jugend so vielgestaltig durchdringen.

Zucht und Ordnung muß sein. Aber eine Ordnung, die nur dem Zwange sich fügt, ist nicht lebensfähig. Daher muß die Kunst des wahren Führertums darauf gerichtet sein, die seiner Führung anvertrauten Brüder gerade durch die Freiwilligkeit ihres Mithämpfens zu einer doppelt ernst und treuen Pflichterfüllung allzeit bereit zu machen.

Der Rest des Tages wurde durch ein Referat des Landeswartes P. Rang über die Bibelarbeit und durch Vorträge über rein organisatorische und praktische Fragen (Werbung, Hilfe bei Unglücksfällen) ausgefüllt.

Wächte der Same, den der Dortmunder BR-Tag austreute, auf fruchtbaren Boden gefallen sein!

Westfälischer Blindentag.

Am Sonntag, den 20. September, fanden sich in Gagen, Hagener Hof, die Vertreter von 31 Westfälischen Blindenvereinen zur gemeinsamen Tagung zusammen. Einschließlich der Vertreter der Provinzialverwaltung, der beiden Provinzialblindenanstalten Paderborn und Soest, sowie der Bezirksfürsorgeverbände, Stadtverwaltungen usw. waren über 200 Teilnehmer erschienen. In dem Tätigkeitsbericht wurde auf die schwierige Lage der berufstätigen Blinden hingewiesen und die Notlage der arbeitslosen und kranken Blinden geschildert. Durch die erhöhte Vereinsaktivität sei es aber möglich gewesen, viele Not zu lindern. Dank gebühre in erster Linie den zahlreichen Mitarbeitern, Freunden und Gönnern des Vereins. Nachdem die verschiedensten vereinigungsgesellschaftlichen Angelegenheiten besprochen worden waren, wurde ein Antrag der Ortsgruppe Siegen einstimmig angenommen, der schärfere Bekämpfung der Schwindelunternehmungen, des Seifenvertriebs Teiwes, Versand von Plaketten, Geldbrücken und dergleichen fordert. In der Aussprache wurde auch darauf hingewiesen, daß das Hauswesen von auswärtigen Werkstätten, welche nicht sofort auf ihre Gemeinnützigkeit hin nachgeprüft werden können, überhand nimmt. Zum Schluß hielt Herr Hübenal, Dortmund, einen längeren Vortrag über Schaffung einer Krankenkasse für Blinde innerhalb des Westfälischen

verschieden sich die Angestellten von den Arbeitern tatsächlich, aber nicht grundsätzlich, und darum müßten beide Gruppen in jeder Weise gleich behandelt werden. Früher hatte man den Eindruck, daß es den sozialdemokratischen Rechtsgelehrten weniger auf „Grundsätze“ als auf „Tatsachen“ ankam. Auch erlebte man früher, daß unsere Juristen in diesen Fragen von der Sozialdemokratie oft maßlos angegriffen wurden. Nun erklärt urplötzlich ein sozialdemokratischer Laienjurist, auf Tatsachen kommt es nicht an, sondern das Grundsätzliche ist maßgebend. Ein Irrgarten sozialdemokratischer Rechtskonstruktion! Es ist zu verstehen, daß der Unwille der Angestellten über solche Forderungen recht groß ist. Besonders peinlich wirkt sich das Vorgehen Nörpels im Zentralverband der Angestellten aus, der dem sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist. Diese Mitglieder des Zentralverbandes müssen nun erneut erleben, daß aus dem eigenen Lager Pfeile gegen sie abgeschossen werden, gegen die sie nun ankämpfen müssen.

Aber auch politisch hat dieser Vorstoß eine gewisse Bedeutung. Die sozialistischen Angestellten müssen gegen ihre politischen Freunde im Arbeiterlager zum Schutz ihrer Standesinteressen Stellung nehmen. Welche Gruppe wird nun innerhalb der sozialdemokratischen Partei siegen? Bekanntlich verfügt, wie schon angedeutet, diese Partei über eine unausschöpfbare Sucht zur Gleichmacherei. Sie ist eine Feindin der Standeseinrichtungen der Angestellten. Sie kämpft gegen Angestelltenversicherung, Berufskrankenkassen, eigene Stellenvermittlungen und will, wie aus Nörpels Forderungen hervorgeht, das Angestelltenrecht überhaupt beseitigen. Es ist zu befürchten, daß die Stellungnahme Nörpels schwerer wiegen wird, als die protestierenden Erklärungen der sozialistischen Angestelltenverbände. Darin liegt die große Gefahr für die Angestelltenschaft, die immer mehr erkennen sollte, daß ihre Standesvertretung in den sozialistischen Verbänden und der mit ihnen verbundenen sozialdemokratischen Partei sich in recht schlechten Händen befindet und eine Abkehr davon in eigenem Interesse liegen würde. Im übrigen dürften uns zur Zeit näher liegende Sorgen beschäftigen als ausgerechnet ein Umbau des Arbeitnehmerrechts in einer Zeit, wo alles droht zusammenzubrechen. W. W.

Der Ausschuss für innere Mission.

Umfassende Neuorganisation des Zentralausschusses.

Der Hauptausschuß des Zentralausschusses für innere Mission faßte in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung den Beschluß, eine gründliche Aenderung der Organisation und der Arbeitsweise des Zentralausschusses durchzuführen. Zu diesem Zweck wurde ein Eiferschausschuß eingesetzt, dem die sachgemäße Befugnisse des Vorstandes des Verwaltungsausschusses und der anderen leitenden Organe übertragen wurden. Ein Mitglied dieses Ausschusses übernimmt die Bearbeitung der Finanzen, zu seiner Unterstützung wird ein Sachverständigenbeirat berufen.

Um die Neuordnung zu ermöglichen, haben die Mitglieder des Vorstandes des Verwaltungsausschusses und des Finanzausschusses des Zentralausschusses für innere Mission ihre Ämter zur Verfügung gestellt.

Hinsichtlich der Debatte über Angelegenheiten erklärten die Mitglieder des Ausschusses ihre volle Bereitschaft, das Hilfswerk der „Notgemeinschaft der inneren Mission e. V.“ für die betroffenen Später in ihren Vereinsgebieten nach Kräften zu fördern.

Blindenvereins e. V. Ein ausführlicher Bericht wird in der Vereinszeitung „Nachrichten“ des Westfälischen Blindenvereins, die kostenlos durch die Geschäfts- und Kunststiftung, Dortmund, Kreuzstraße 4, zu beziehen ist, veröffentlicht.

Bad Salzungen im Herbst und Winter.

Es gibt Kurstädte, die zwar im Frühjahr und Sommer zum Aufenthalt sehr begehrt erscheinen, die aber im Herbst und Winter verlieren. Bad Salzungen aber behält sein lebenswürdiges, anziehendes Antlitz. Man ist versucht, auch im Herbst und Winter nimmermehr von dieser Kurstadt loszukommen. Das parkumschlungene, von hohen Wäldern umgebene, von uralten Alleen durchzogene Salzungen ist auch im Herbst und Winter ein Wohl der an Geist Unruhvollen und Getriebenen, wie auch der Leidenden. Wir Deutsche sollten uns bei Ueberlegungen für Herbst- und Winterkuren auf die schöne deutsche Heimat besinnen. Denn seine eigene Erde lieben, heißt sich selbst begreifen, des eigenen Schicksals inne werden.

Salzungen Kurpark bietet auch bis in die späte Jahreszeit eine herrliche Augenweide. An ihm vorbei ziehen sich die großartigen Badehäuser mit ihren prachtvollen geräumigen Badezellen, den bequemen Ruheräumen, das neugezeitliche, mit allen Errungenschaften wissenschaftlicher Forschungen ausgestattete Inhalatorium direkt gegenüber den Salinen. In der Wandelhalle ertönt immer leise Musik, wenn sich die Kurgäste zu den Trinkkuren finden. Auch die Traubenkuren erfreuen sich jetzt großer Beliebtheit.

Den Freunden mittelalterlicher Romantik bietet Bad Salzungen besondere Ueberraschungen. Die Altstadt steht voll malerischer Winkel. Spitzwinkliger Dächer, künstlerische Schnitzereien außen und innen, vornehme Renaissanceportale, blumengeschmückte Fenster, alte Torbögen, der Reiz und die lineare Anmut mittelalterlicher stolzen Bürgertums prägt diese entzückende Altstadt, deren schönste Krönung das durchaus stieliche Rathaus bedeutet.

Die Preise für Kurtag, Bäder, Sondertherapien, ärztliche Behandlung, für Hotels und Pensionen sind im Herbst und Winter bedeutend ermäßigt, weshalb gerade der Mittelstand diese Zeit wahrnehmen sollte.

Stimson rät
Wortung

Im Mar
hat jetzt die
nischen Mini
Staatssekretä
gierung habe
heiten Jan
rufe doch be
„rechtlicher u
Interesse rat
rasch beizule

Das jay
gleich zu ein
eine Antwort
beiten. Fern
darauf zu er

In poli
sich mit dem
beziehen. Da
vom 22. Fe
getreten ist
drücklich an
Truppen in
tragsbedeu
berechtigten.
artigen Ein
augenblicklich
überfächigen.

Der
Erklärung

In der
Ratspräsident
Einmündig
so teilte B
gung des S
einer befrie
fig aber all

Nach d
Präsidenten
nüge nicht
vielmehr
solange for

— Sam
Donnerstag
sammlunge
allen drei
Führer der
als erster
führte: De
sammenbr
zu rechnen
Reichsregie
sei entwe
Siege der
von Blut
land in Et

Sodann
aus: Gehe
man bald
nes Wirtse
Linie Länd
Stande fest
ten. Diese
stern treffe
Million. I
selbst ern
Anficht H
chen die
Binnenma
Export na
aber nur
gen Nation
zialdemokr
ein, so fe
land heute
nicht sein
tägliches
ten nur
heute sei
Gefahr. C
land heut
Schicksal
auf die
der arbeit
der bettel
Seute ric
grunde u
Welt, da
Wenn he
werde De
die ausl
richten, n
ler erklä
Möglichke
dann nich
land nich

Der Krieg im Osten.

Sonderaktion Amerikas.

Stimson rät Japan von Gewaltanwendung ab. — Befürwortung einer raschen Beilegung des Mandchukurei-Konflikts.

— Tokio, 25. September.

Im Mandchukurei-Konflikt zwischen China und Japan hat jetzt die Regierung der Vereinigten Staaten dem japanischen Minister des Auswärtigen eine Denkschrift überreicht. Staatssekretär Stimson betont darin, die amerikanische Regierung habe keineswegs die Absicht, sich in die Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe doch bei den anderen Mächten schwere Besorgnisse „rechtlicher und anderer Natur“ hervor. Im allgemeinen Interesse rate daher Amerika Japan, die Angelegenheit rasch beizulegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden.

Das japanische Kabinett versammelte sich danach sogleich zu einer Sitzung, um über die Lage zu beraten und eine Antwortnote an die Vereinigten Staaten auszuarbeiten. Ferner wurde die Note des Völkerbundes und die darauf zu erteilende Antwort durchgesprochen.

In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß Japan sich mit dem Gedanken trägt, die Mandchukurei dauernd zu besetzen. Da Japan im Wahingtoner Neun-Mächtevertrag vom 22. Februar 1922, dem auch Deutschland später beigetreten ist, die Integrität des chinesischen Reiches ausdrücklich anerkannt hat, würde eine Festsetzung japanischer Truppen in der Mandchukurei eine Verletzung dieses Vertrags bedeuten, und die Signatarmächte zum Eingreifen berechtigen. Die Entschlossenheit der Mächte zu einem derartigen Eingreifen bezweifeln wollen, hieße aber die augenblicklichen Schwierigkeiten der angelfächischen Völker überschätzen.

Der Völkerbundsrat berät weiter.

Erklärung des Ratspräsidenten in der Vollversammlung.

— Genf, 25. September.

In der Vollversammlung des Völkerbundes gab der Ratspräsident Berroux eine Erklärung zum japanischen Einmarsch in die Mandchukurei ab. Der Völkerbundsrat, so teilte Präsident Berroux mit, bemühe sich, eine Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Er hoffe auch, zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Das sei vorläufig aber alles, was gesagt werden könne.

Nach dieser sehr inhaltsarmen Erklärung äußerte der Präsident der Herbstversammlung, Titulescu, es genüge nicht, daß der Rat tage, der Völkerbundsrat müsse vielmehr in öffentlichen Sitzungen seine Anstrengungen solange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden sei. Völker-

bundsrat und Völkerbundsversammlung dürften nicht auseinandergehen, bevor nicht der Erfolg der Aktion gesichert sei. Die Versammlung müßte ebenfalls Gelegenheit ergreifen, ihrem Standpunkt und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Von Washington lag in Genf eine Mitteilung des Staatssekretärs Stimson über den Schritt in Tokio vor. Ferner betont Staatssekretär Stimson in diesem Telegramm, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in voller Übereinstimmung mit der Haltung des Völkerbundes befindet und auch weiterhin ernstlich um die Wiederherstellung des Friedens bemüht sein werde. In Genf wurde dieses Telegramm dahin ausgelegt, daß die Vereinigten Staaten sich nicht direkt an dem Vorgehen des Völkerbundes beteiligen wollen, aber gewillt sind, im engen Einvernehmen mit Genf eine Parallelaktion zu unternehmen. Daraus würde sich nach Ansicht maßgebender Völkerbundskreise für Genf wiederum die Notwendigkeit ergeben, sich über alle Beschlüsse mit Washington zu verständigen.

China hat dem Ratspräsidenten mitgeteilt, daß es die vom Rat beschlossenen vorläufigen Maßnahmen annimmt.

Rußland hält still.

Auf Grund geheimer Vereinbarungen mit Japan?

Nach den letzten Meldungen aus der Mandchukurei haben die Japaner den chinesischen Oberst Kuan, der in die Affäre des ermordeten Hauptmanns Nakamura verwickelt gewesen sein soll, festgenommen. Kuan war von den chinesischen Behörden als Zeuge für die Untersuchung bereits in Arrest genommen worden. Insgesamt sollen jetzt 14 Städte von Japanern besetzt sein.

Chinesische Meldungen behaupten, daß die Japaner die Befehle der Mandchukurei von langer Hand vorbereitet hätten, und sie befürchten sogar, daß ein geheimes russisch-japanisches Einvernehmen für die Teilung der Mandchukurei zwischen Japan und Rußland besteht. Diese Gerüchte scheinen allerdings aus der Enttäuschung der Chinesen darüber entstanden zu sein, daß die Russen vorläufig alle Interventionsgesuche ablehnen.

Waffenstillstand zwischen Nanking und Kanton?

— Moskau (über Kowno), 24. September. Nach einer Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion ist am heutigen Donnerstag eine Abordnung der Nanking-Regierung nach Kanton abgereist, um einen Waffenstillstand mit Kanton zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Japan abzuschließen.

der Nationalsozialismus setze sich durch und verschaffe Deutschland wieder Weltgeltung.

Die neuen Verordnungen.

Minister Treuhaus Siedlungskommissar? — Die Senkung der Hauszinssteuer. — Verzicht auf Sondergerichte erwartet.

— Berlin, 25. September.

Wie zu den Kabinettsberatungen über die neuen Verordnungen verlautet, dürften die Verhandlungen über die Senkung der Hauszinssteuer darauf hinauslaufen, daß die beiden Lösungsmöglichkeiten über die man bisher gesprochen hat, zusammengelegt werden und zwar in der Form, daß eine Senkung und ein allmählicher Abbau der Hauszinssteuer eintritt und daß außerdem für den Rest eine abtönende Kapitalisierung vorgesehen wird.

Eine Frage, die so schnell wie möglich entschieden werden soll, ist die Kleinsiedlung, für die die Zeit vor dem Eintritt starker Fröste noch ausgenutzt werden muß. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß dem Reichsminister Treuhaus die Vollmachten des Siedlungskommissars übertragen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen dann bereits die Ausführungsbestimmungen erscheinen, durch die den Städten die für die Inangabe des Werkes erforderlichen Anweisungen gegeben werden. Wie wir hören, haben sich bereits viele Tausende Arbeitslose um solche Kleinsiedlerstellen beworben.

Die Probleme der Arbeitslosigkeit kommen außerdem noch in den Beratungen über die

Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge zur Geltung. Darüber hinaus hat das Kabinett noch eine Reihe weiterer Fragen zu behandeln. Dazu gehört z. B. die Notverordnung über die Sondergerichte, die inzwischen im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist. Die Aufgabe dieser Sondergerichte soll in der schnellen Aburteilung von Terrorakten und Handlungen, die als geschäftliche Mißwirtschaft anzusprechen sind, bestehen, doch scheint bei den Länderregierungen wenig Neigung zur Errichtung solcher Sondergerichte zu bestehen, so daß das Inkrafttreten dieser Gerichte jetzt zumindest zweifelhaft ist.

Eine große Rolle in den Kabinettsverhandlungen — u. a. muß über den Schenkervertrag entschieden werden — spielen ferner die Fragen, die mit der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden zusammenhängen. Dazu gehört in erster Linie die Beförderungssperre für die Beamten, die bekanntlich im Zusammenhang mit den preussischen Vorschlägen steht. Die Herabsetzung der Höchstrenten und schließlich die Verschiebung des Etatsjahres vom 1. April auf den 1. Juli.

Endlich ist noch daran zu erinnern, daß Vertreter der Sozialdemokraten in der letzten Zeit verschiedentlich mit dem Kanzler und den Ministern über die Beilegung der Härten früherer Notverordnungen verhandelt haben. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen in der neuen Notverordnung ebenfalls realisiert werden.

Landhilfe für Erwerbslose

Die bisherigen Erfahrungen mit der Bereitstellung von Pacht-Landstellen.

Wenn man sich dem Plan der Reichsregierung auf Ansiedlung von 100 000 Erwerbslosen auch noch so optimistisch gegenüberstellt, so ist doch für die große Masse dieser eine sofortige Hilfe davon nicht zu erwarten, sondern nur allmählich wird der Plan für wirklich große Massen durchzuführen und auszubauen sein. Vertieft werden kann die Wirkung dieses Planes durch eine andere Maßnahme, das ist die Bereitstellung von kleinen Pacht-Landstellen zur Feld- und gartenmäßigen Bestellung als Erwerbslosenhilfe. Eine solche Maßregel bedeutet zwar materiell nur eine kleine Unterstützung, jedoch aber eine große Hilfe.

Der Gedanke ist übrigens keineswegs neu. Schon früher hat man gelegentlich zur Unterstützung Bedürftigen auch kleine Landstücke gegeben. In großer Ausdehnung ist dieses Mittel dann in den letzten Jahren in England auf Anregung der Quäker zur Unterstützung von Arbeitslosen angewandt, und es ist dafür eine große, von der Regierung weitgehend unterstützte Organisation geschaffen worden. Aber auch in Deutschland beginnt man jetzt mehr und mehr, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, und es liegen bereits wichtige praktische Erfahrungen vor, über die das Deutsche Archiv für Siedlungsweisen interessantes Material beschafft hat.

Die Stadt Delitzsch in der Provinz Sachsen hat schon während des Krieges größere Feld- und Wiesengrundstücke in zahlreiche kleine Gartenparzellen für die Bevölkerung umgewandelt. Die Gesamtzahl dieser Parzellen dürfte 1000 übersteigen. Unter diesen Kleinpächtern sind eine große Anzahl Arbeitslose enthalten, denen der Besitz in der jetzigen schwierigen Zeit sehr zuträglich kommt, da sie durch das Pachtgeld zu billigeren Feldfrüchten und Lebensmitteln gelangen. Die Stadtgemeinde Meuselwitz in Thüringen (12 000 Einwohner) hat in den letzten Jahren für rund 320 Kleingärten, meist in der Größe von 200 bis 330 Quadratmetern, Land abgegeben. Die Gärten werden zum großen Teile von Arbeitslosen bewirtschaftet. Die Erfolge sind sehr gut, zumal bei der heutigen Wirtschaftskrise viele Familien eine Beschäftigung durch den Garten haben und auch aus diesem etwas herausziehen können. Seit dem Frühjahr 1930 ferner hat Frankfurt a. M. solche Kleingärten geschaffen, und zwar zunächst für die Bewohner einer Ermittelterieniedlung. Ergebnis wiederum sehr günstig. „Die betreffenden Leute, zum größten Teil mit altem Eifer, haben sämtlich mit großem Eifer und mit Hingabe das ihnen zugewiesene Land bestellt.“ Dieser Erfolg gab Anlaß, die Maßregel im Frühjahr dieses Jahres auf Arbeitslose auszuweiten. Bei der Durchführung haben die Kleingartenbauvereine wesentliche Mithilfe geleistet. Unter den Arbeitslosen herrscht rege Nachfrage nach solchen Grundstücken. Endlich hat in diesem Jahr, das Jugendamt in Magdeburg etwa 40 bis 60 Jugendlichen mit der Kultivierung solcher Kleingartengrundstücke beschäftigt, und auch hier scheint der Erfolg gut zu sein.

Eine ganz besondere Ausdehnung hat diese Landvergebung an Arbeitslose aber in Chemnitz und Leipzig gewonnen. In Chemnitz hat sich der Kreisverband der Schreber- und Kleingartenvereine der Sache in äußerst gemeinnütziger Weise angenommen. Ungefähr 1000 Erwerbslose wurden mit solchen kleinen Pachtlandstücken versehen. Trotz vielfach recht schwieriger Bodenverhältnisse hat „keiner der Landuchenden die übergebene Scholle im Stich gelassen“. Der Verband ist der Überzeugung, daß die Zahl der landuchenden Erwerbslosen im kommenden Frühjahr sich verdoppeln wird, und das Grundstücksamt der Stadt Chemnitz gibt an, daß so wie der Verband auch die Kleingartenabteilung des Amtes von Landuchenden täglich überlaufen wird. Zusammenfassend sagt der Verbandsvorsitzende am Schluß eines Aufsatzes: „Die Erwerbslosen müssen die Tat zu würdigen. Für sie bedeutet die Ueberlassung eines Stückchen Landes körperlich und seelisch ein Stück Erlösung.“ In Leipzig hat die Stadt auch erst im letzten Frühjahr mit solcher Landvergebung an Erwerbslose begonnen, aber es waren bis vor kurzem bereits 3500 solcher Parzellen vergeben, mit gutem und zum Teil sehr gutem Erfolg. Natürlich handelt es sich nur um Pachtland zu ganz niedrigen Pachtzinsen. „Für die Benutzung der Parzelle gelten keinerlei Vorbehalte, um dem Erwerbslosen den Entschluß zur Uebernahme und Bearbeitung einer solchen Parzelle möglichst leicht zu machen und ihm die Freude an der Bearbeitung auch bei anfänglichem, nicht besonders glücklichem Erfolge nicht zu nehmen.“ Für Saatgut, Pflanzmaterial, Belehrung und Anweisung wird gesorgt, wobei wiederum die bestehenden Kleingartenvereine starke Mithilfe leisten. Die finanzielle Belastung der Stadt ist außer der Bereitstellung des Grund und Bodens „kaum nennenswert“.

Die ganze Bewegung scheint sich jetzt mit größerer Schnelligkeit auszubreiten, zumal auch die Zentralorganisation der Kleingartenvereine hinter ihr steht, und es erscheint sehr wohl möglich, noch in diesem Herbst wenigstens die organisatorischen Anfänge einer solchen Hilfe für bedürftige Zahlen von Erwerbslosen zu machen, was gewiß psychologisch für den kommenden Winter sehr vorteilhaft wäre. Gerade in den kleinen Städten dürften aber solche Maßregeln noch leichter als in den großen durchzuführen sein und eine nicht so ganz gering zu schätzende Erleichterung bedeuten. Außerdem ist sehr wichtig, daß diese Pachtlandzuteilung es ermöglicht, die Erwerbslosen bei dieser Landarbeit in dem Charakter und der Leistungsfähigkeit des einzelnen näher kennenzulernen, so daß dann auf dieser Grundlage die für eigentliche Siedlungsstellen besonders Geeigneten herausgefunden werden können.

Dr. von Mangoldt

Frankreich gegen Rüstungspause.

Der Fünf-Mächte-Vertrag erhält ein Begräbnis erster Klasse.

— Genf, 25. September.

Im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes äußerte sich endlich auch der französische Delegierte Waffligi zu dem auf Grund italienischer Anregungen von fünf Mächten eingebrachten Antrag einer einjährigen Rüstungspause. War dieser Antrag am Vortage schon von Japan torpediert worden — Japans Vertreter beantragte Verrückung bis zur Abrüstungskonferenz — dann machte Waffligi dem Gedanken einer Rüstungspause vollends ein Ende. Er erklärte, ein Rüstungsferienjahr sei nicht praktisch, wie es auch an der Arbeitslosigkeit nichts ändern werde. Die

intern tatsächlich, hielten beide den. Früher demokratischen als auf „Tat“, unsere Demokratie oft rplöglich ein kommen kommt abgehend — „konstruktion!“, stellten über einlich wirkt und der Ange- teinen Deut- tiefe Mitglie- deut erleben, abgeschossen

e gewisse Be- gegen ihre Schutz ihrer Gruppe wird artei siegen? diese Partei cherei. Sie ist Angestellten. Berufsbran- will, wie aus gestelltenrecht daß die Stel- als die pro- Angestellten- die Angestell- af ihre Stan- den und der n Partei sich die Abkehr da- übrigen dürf- schäftigen als echts in einer W. W.

Mission

auschusses.

ses für innere in Sitzung den ganisation und chzuführen. Zu eheft, dem die des Verwal- Organe über- ftes übernimmt erstützung wird

haben die Mit- ausschusses und es für innere

t erklärten die ereichschaft, das Mission e. W.“ nsgebieten nach

Bericht wird in

stälischen Blin- fts- und Aus- u beziehen ist,

Winter.

r und Sommer

einigen, die aber zufließen aber be- ntlich. Man ist immermehr von

kumfshungene, n Alleen durch- Winter ein Wipl

n, wie auch der Ueberlegungen ne deutsche Sei- bene, heißt sich

en werden.

die späte Jah- n vorbei ziehen n prachvollen überäumen, das

issenschaftlicher direkt gegen- ont immer leise

nkuren finden. großer Belieb-

ntik bietet Bad e Altstadt steht

Dächer, künst- vornehme Re- ter, alte Torbo-

mittelalterlichen de Altstadt, de- bte Rathaus be-

Sondertherapien, ensionen sind im weshalb gerade

ollte.

Befchränkung der Rüstungen während einer solchen Pause sei auch nur scheinbar, da sie die Haushaltsansätze betreffe, nicht aber die tatsächlich aufgewendeten Rüstungsausgaben.

Neulich äußerte sich der französische Sachverständige für die Luftfahrt, der schließlich seine Ausführungen zu dem Antrag verabschiedete, entweder sich darauf zu beschränken, einen Wunsch auf Nichtvermehrung der gegenwärtigen Rüstungsausgaben Ausdruck zu geben, oder aber die Regierungen zu erlauben, ihre Vertreter zur Abrüstungskonferenz mit den notwendigen Instruktionen zu versehen, damit „gleich zu Beginn dieser Konferenz“ ein Abkommen abgeschlossen werden könne.

Nach Abschluß der Aussprache wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, dem die Vertreter der großen Mächte, auch der Vereinigten Staaten, angehören. Dieser Ausschuß soll möglichst sofort auf Grund der verschiedenen Anträge eine Formel finden, auf die sich alle in der Aussprache hervorgetretenen Meinungen vereinigen lassen.

Deutsche Initiative erwartet.

Auf der Grundlage des Youngplans. — Gerüchte über die Haltung Hoovers.

Die französischen Zeitungen geben in großer Aufmerksamkeit eine Meldung der Zeitung „Baltimore Sun“ aus Washington wieder, nach der die Berichte des Schatzkanzlers Mellon über seine Europareise den Präsidenten Hoover davon überzeugt haben, daß die Verlängerung des Feierjahres um zwei Jahre notwendig ist.

Hoover sei aber der Ansicht, daß es dieses Mal die Aufgabe Deutschlands sei, die Initiative zu ergreifen, unter Benutzung der einschlägigen Bestimmungen des Youngplans. Das Problem der Reparationen werde ohne Zweifel den Hauptgegenstand der Diskussionen zwischen Laval und Hoover bilden, und wenn, wie zu erwarten sei, Frankreich und die Vereinigten Staaten sich einigen, hätte Deutschland, sobald der amerikanische Kongreß das Hoover-Festjahr ratifiziert habe, nur die Wortatorienbestimmungen des Youngplans anzurufen.

Ausfälle französischer Industrieller.

Angriffe auf Deutschland.

Die französische wirtschaftliche Vereinigung, die Industrie- und Handelskreise umfaßt, behauptet in einem Schreiben an Laval, „drei Viertel der französischen Kaufleute und Industriellen könnten gegenwärtig bei den Banken keine Kredite erhalten, während gleichzeitig das französische Geld zu Milliarden ins Ausland gehe. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen Deutschland sich befindet, habe die Reichsbank die russischen Bestellungen zu einem Satz diskontiert, der unter dem offiziellen Diskontsatz liege. Deutschland finde also trotz seiner schwierigen Lage Möglichkeiten, seinen Export durch Kreditgewährungen zu begünstigen.“

Empfang Laval und Briand beim Reichspräsidenten.

Berlin, 25. September. Wie verlautet, haben der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand gebeten, während ihres Berliner Besuches vom Reichspräsidenten empfangen zu werden. Im Augenblick steht noch nicht fest, wann der Empfang stattfinden wird, es ist aber anzunehmen, daß er am Montagvormittag erfolgt.

Kein Mieterschutz für Neubauten.

Preußen hebt die Schutzbestimmungen zum 1. April auf.

Nach einer amtlichen Mitteilung läßt der preußische Wohlfahrtsminister in den nächsten Tagen eine Verordnung herausgehen, durch die vom 1. April 1932 ab der Mieter-

schutz für Neubauwohnungen, soweit er bisher noch besteht, aufgehoben wird. Von dem genannten Zeitpunkt ab sind daher für die Kündigung des Mietverhältnisses über Neubauwohnungen jeder Art lediglich die Bestimmungen des Mietvertrages, hilfsweise diejenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches, maßgebend. Für eine etwaige Räumungsfrage ist das ordentliche Gericht zuständig.

Unbegründete Gerüchte.

Keine neue Inflationsgefahr.

Die Berliner Produktenbörse stand im Zeichen einer außerordentlichen Nervosität, die hervorgerufen wurde durch Gerüchte über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Inflation. Diese Gerüchte, die zweifellos nur lanciert wurden, um den Markt stark zu beunruhigen, entbehren jeglicher Begründung. Frühere Erklärungen der Reichsregierung und der Reichsbank lassen klar und deutlich erkennen, daß die mit dem Schutze der deutschen Währung beauftragten Stellen unter keinen Umständen eine erneute Inflation zulassen werden.

Die Anwendung der Schutzwaffe.

Die Bestimmungen des Polizeiverwaltungsgegesetzes.

Zu dem bereits vom Landtag verabschiedeten Polizeiverwaltungsgegesetz hat jetzt der preußische Innenminister die Ausführungsbestimmungen erlassen, mit denen sich demnächst der Staatsrat beschäftigen wird. Erwähnenswert sind darin die Anweisungen, die dem abermöglichen Ueberhandnehmen der Polizeiverordnungen vorbeugen sollen.

Die Anwendungen unmittelbaren Zwanges,

d. h. die Feststellung von Personen und die Anwendung von Waffengewalt wird eingehend behandelt. Es sollen die am wenigsten schädlichen Mittel angewendet werden, doch müssen die polizeilichen Ziele erreicht werden. Von Schutzwaffen oder Explosivmitteln darf, abgesehen vom Fall der Notwehr, nur nach vorheriger Androhung, gegen eine Volksmenge nur nach dreimaliger Androhung Gebrauch gemacht werden. Die Androhung kann durch Worte erfolgen, wie „halt!“ oder „ich schieße!“, und „zurück!“ oder „ich schieße!“ Die Androhung auch die dreimalige, kann durch schriftliche, an Ort und Stelle anzubringende Bekanntmachung erlegt werden. Schreckschüsse gelten ebenfalls als Ersatz für die Androhung.

Gegen Kinder dürfen Schutzwaffen oder Explosivmittel nur im Falle der Notwehr angewendet werden. Auf fliehende Personen darf nur geschossen werden, wenn sie eines Verbrechens überführt oder dringend verdächtig sind.

Eine Selbstverständlichkeit.

Die „Kriegsverbrecherliste“ gilt als annulliert.

Berlin, 25. September. Die Liste der von den Weltkriegsgegnern als „Kriegsverbrecher“ bezeichneten Deutschen ist, wie der „Lokalanz.“ aus Paris meldet, jetzt von Frankreich annulliert worden. Auf die Nachricht, daß die französischen Staatsmänner Laval und Briand während ihres Berliner Aufenthaltes einen Empfang beim Reichspräsidenten von Hindenburg freudig begrüßen würden, wandte man sich, noch bevor die Meldung von Hindenburgs Zusage eintraf, an den Quai d'Orsay um Auskunft, ob dieser Empfang irgendwelche Folgen für diese „Kriegsverbrecher“-Liste haben werde, da sich auf ihr auch der Name Hindenburg befände und damit Hindenburg, dem die französischen Staatsmänner einen Besuch abstatten wollten, immer noch als „Feind“ bezeichnet werde. Darauf hin wurde vom Quai d'Orsay die Auskunft gegeben, daß Frankreich an dem Bestehen dieser Liste nicht mehr interessiert sei und daß diese Liste als annulliert gelten könne.

Die amerikanische Legion für Aufhebung der Prohibition.

Neu York, 24. September. Die gegenwärtig in Detroit tagende amerikanische Legion, der 1 1/2 Millionen ehemaliger Kriegsteilnehmer angehören, nahm mit 1402 gegen 394 Stimmen eine Entschließung zugunsten der Aufhebung der Prohibition an.

Local- und Provinzialnachrichten.

Vielefeld. Schluß der Riemenschneider-Ausstellung.

Ein starker Erfolg für das Stadt. Museum ist die Tilman Riemenschneider-Gedächtnisausstellung gewesen. Sie hat dem Museum einen Besuch gebracht, wie er nicht erwartet werden konnte. Nicht nur die Bevölkerung Vielefelds, sondern gerade die von auswärts ist vertreten gewesen. Zahlreiche Berufsgruppen, Vereine und Organisationen sind zum ersten Male als solche offiziell zu Sonderveranstaltungen im Museum erschienen. Der letzte Ausstellungstag ist der morgige Sonntag, der 27. September. Aus diesem Anlaß wird Museumsdirektor Dr. Schöneweg um 11.30 (halb zwölf) Uhr eine letzte öffentliche Führung, verbunden mit einem Lichtbildervortrag im Vortragsaal des Museums, Wertherstraße 3, veranstalten. Jedermann ist willkommen.

Geschäftsjubiläum. Am 26. September 1931 feiert die „Textilmanufaktur Haagen, Wilhelm Schöpplin, Haagen in Baden“ das Jubiläum des 25-jährigen Bestehens ihres Stammhauses. Aus alteingesessener Familie stammend, hat der Inhaber, dessen Vorfahren schon in den frühesten Zeiten das steuerfreie Krämerrecht von den Markgrafen hatten, die Firma zu der derzeitig hohen Blüte gebracht. Trotz der wirtschaftlich schweren Zeit kann die Textilmanufaktur Haagen, Wilhelm Schöpplin, Haagen/Baden, eine der ersten Versandfirmen Deutschlands, deren Lieferungen an Private sich selbst auf Afrika, Indien und Kanada erstrecken, erfreulicherweise auch dieses Jahr wiederum eine enorme Umsatzsteigerung verzeichnen. Herr Wilhelm Schöpplin feiert am gleichen Tage das Fest seines 50. Geburtstages.

Kirchennachrichten für Zlon.

Sonntag, den 27. September 1931. 17. S. n. Trin. 8 1/2 Uhr: Pastor Jasper; 9 Uhr: Pastor v. Bodelschwingh, anschließend Beichte und Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Tegtmeyer; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst; 16 1/2 Uhr: Beichte und Abendmahl, insbesondere für Alte und Gebrechliche der Gemeinde, Pastor Wilmanns. Montag 20 1/2 Uhr: Gosen, Gemeindefeststunde. Donnerstag 19 1/2 Uhr: Pastor Wischer.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 27. September 1931: 8 Uhr vorm. Frühgottesdienst, Pastor Hopmann; 9 Uhr vorm. Kinderlehre für die Konfirmanden von Pastor Dahlmann und Pastor Hopmann; 10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, Pastor Neuhaus; 1 1/2 Uhr nachmittags Kindergottesdienst. Dienstag, den 28. September 1931: 8 Uhr abends Bibelstunde im Sellingskamp. Mittwoch, den 30. September 1931: 8 Uhr abends Bibelstunde im Gemeindehause.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Heute, Freitag, 8 1/2 Uhr Bibelstunde. Gesaja 17 u. 18. Eine Abendmahlsfeier mit vorhergehender Beichte, besonders für Alte und Gebrechliche der Gemeinde, findet am Sonntag um 16 1/2 Uhr in Sarepta statt.

Anzeigen aus Bethel.

Palmzauber, die vorzügliche Reform-Pflanzen-Butter, ist in Dphir zu haben.

Die Verlobung unserer Tochter Minna-Magdalene mit Herrn Pastor Johannes Petersen Nordsee-Insel Pellworm, geben wir hiermit bekannt.

D. Ernst Johanssen u. Frau Martha geb. Kawerau

Marburg (L) Zeppelinstr. 21.

Minna Magdalene Johanssen
Johannes Petersen
Verlobte

Nordsee-Insel Pellworm

September 1931

Ernst Münch, Brackwede
Hauptstraße 81



ZentRa-Uhren

In jeder Preislage

Zum Anlegen von Leimgürteln

an den Bäumen gegen den Frostspanner ist es jetzt Zeit. Material hierzu bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel b. Bielefeld

Ebenso

Blumenzwiebeln
und
Erdbeerpflanzen
in bester Güte und Sorten.

Preisliste gern auf Wunsch.

Dauermieter

oder ein bis zwei j. Mädchen z. Erlernung guter Küche finden bei mäßigem Pensionspreis

Aufnahme

in ruhigem, H. Villenhaushalt. Für Erholungsgäste Tagespreis 3.75 bis 4 Mk. Gesunder Aufenthalt, nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Str. 3, Post-Str. 61.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Ebert

Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felckekuren. Prosp. frei!

Arbeitsfreudiges Mädchen, im Haushalt, Kochen und Kinderpflege erfahren, sucht

Wirkungskreis

Etwas Gehalt und Familienan-schluss erwünscht. Gute Zeugnisse vorhanden. Angeb. unt. A 1900 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Saubere

Frau

sucht Stelle zum Waschen und Putzen. Nachzuzuf. im Danfort.

Warum noch schlaflos?

Nehmen Sie

Just's Nerventonikum

Giftfrei!

Gegen nervöse Leiden, Schlaflosigkeit, Erschöpfungszustände, Krämpfe, Veitstanz usw. Flasche Mk. 3. Zu einer Vollkur 5 Fl. franko

Reformhaus E. Wehmeyer

Bad Salzungen, Lange-Str. 43

Wer ist in der Lage

einem ländl. Jugendkreise noch brauchbare Jugendbücher und Spiele unentgeltl. zu überlassen? Freundschaftliche Gaben erbittet der Unterzeichnete.

Wünsche D. Otto Funks Werke, gebraucht aber noch gut erhalten, zu kaufen.

Friedr. Schröder, Lehrer, Rüdchen, Post Schlawa i. Schl.

Pianos

Harmoniums

erstklassige und solide Fabrikate, Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Hdlg. Otto Stierstadt

Bielefeld, Ellersstraße 17. Uepr. 1903. Tel. 3787

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Die glückliche Geburt eines gesunden

Jungen

zeigen wir in dankbarer Freude an.

Paul Steinmeier u. Frau Hertha

geb. Büscher

Bethel, den 23. September 1931.

Für 17-jähriges, gut erzogenes

Mädchen wird Stelle als

Haustochter

in nur gut. Hause b. Fam.-Anschl.

ohne gegens. Verg. mögl. bald gef.

Ang. unt. 2102 an Ann.-Exp.

A. Baumgarten, Barmen.

Mein echter

Tilsiter Vollkornkäse

mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM

0,10 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-

kollis mit Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stolzka

Dampfmölkerei Jedwillen.

Post Mitzweihen. Tilsiter Niederung.

Bethel bei Bielefeld.

Die natl. anert. Haushaltungsschule

Charakterhaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta

bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebenserziehung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Ingenieurschule

Elektrotechnik, Maschinen-,

Auto-, Heizungs-, Flug-,

Wärme-, Kältetechnik, Landw.,

Maschin., Schwach-, Stark-

strom- u. Radiotechnik

Werkmeisterschule

Technikum

Lage

Lippe

Zielegeriegnisse

Techniker, Ziegeleimst.

Lehrpläne

frei

Bauschule

Architektur, Baugewer-

ben, Eisenbau,

Eisenbetonbau

Tonindustrie

Ziegeleigewerke

Techniker, Ziegeleimst.

Nr. 22

Was b

Ja, das
gültig an
Lebensan-
lagen er-
tügen Zuck-
der Gegen-
volles zu
es stürzen
wirklich de-
nen nicht
chen fundat-
die Rede f

Was h
unser deut-
wie er im
viele Köpfe
durchaus r-
loren, oder
lich wesen
Ozeans ha-
Geldmächte
an ein Gei-
die nur na-
zu ihrer Z-
besteht ja
ren Leben-
schaft, son-
Geistes un-
sich wirkli-
tum, in e-
Geschlecht
Niedern un-
tum ist ein-
es doch J-
persönlich-
licher Bede-
Entwicklun-
sagen, daß
zu seinem
keiten und
jaht, für
bringen b-
Männer m-
ten, die de-
werben, b-
neuer Ge-
achtung de-
nung, diese
Volk seine
gabe zuge-

Die zu-
schwer gef-
das Herz
man in de-
seine Gru-
halten? I-
walten be-
Gefahr, d-
mo man d-
Haus- un-
raten des
Schalen v-
wie sie d-
fische und
höhlen. I-
unseren e-
der Famil-
moderne
einanderr-
in die der
Familien-
auschließ-
men der
spielt ein-
Wort um
Sinne. W-
Leben un-
eurer Gef-
macht eu-
berühmte
wertvolle
und der
es mettel-
geht, ist
Sie ist an
kleinen",
ragen in
Verantwo-
finnen, u-
nämlich
Schleierm-
fie „ein
Volk, das
fieber“, f-
von der
fie sich n-
berühren,

Beilage des Aufwärts

Nr. 225.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 26. September 1931.

13. Jahrgang.

Was bleibt und was bleiben muß.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Ja, das Alte stürzt, was lange und sicher als allgemein gültig anerkannt wurde: Ordnungen, Einrichtungen, Lebensanschauungen, ist heute in seinen tiefsten Grundlagen erschüttert. Und das Neue bricht sich unter mächtigen Zuckungen Bahn, und es wird uns nicht leicht, in der Gegenwart neben dem vielen Dunklen auch Lichtvolles zu sehen. Aber stürzt wirklich alles Alte? Muß es stürzen? Nein, es gibt Ordnungen, deren Zerstörung wirklich den Lebensbestand eines Volkes und des einzelnen nicht nur gefährden, sondern zertrümmern. Von solchen fundamentalen, ewigen Ordnungen soll im folgenden die Rede sein.

Was heute im höchsten Maße bedroht erscheint, ist unser deutsches Volkstum. Ein über Kosmopolitismus, wie er im 18. Jahrhundert herrschte, erfüllt auch heute viele Köpfe, und es gibt internationale Bestrebungen, die durchaus vom Uebel sind. Unser Volkstum hat sich verloren, oder steht in Gefahr, sich zu verlieren an ihm innerlich wesensfremde Mächte: an eine von jenseits des Ozeans kommende Auffassung des Lebens, an fremde Geldmächte, die uns das Blut aus den Adern saugen, an ein Geistesleben und eine aus ihm quellende Literatur, die nur noch quälende Probleme der Seele darstellt, aber zu ihrer Lösung keine Kräfte aufweist. Volkstum, es besteht ja nicht nur in Blutsinheit, in Einheit der äußeren Lebensbedingungen, in staatlicher Schicksalsgemeinschaft, sondern und noch vielmehr in Gemeinschaft des Geistes und in einer besonderen, von anderem Volkstum sich wirksam abhebenden Seelenverwandtschaft. Volkstum, in einer besonderen Geschichte geht es dahin von Geschlecht zu Geschlecht, in einer besonderen Sprache, in Liedern und Märchen findet es seinen Ausdruck. Volkstum ist ein Stück göttlicher Schöpfungsordnung, so meinte es doch Fichte, wenn er sagte: „Nicht nur die Einzelpersonlichkeit, sondern auch ein Volk in des Wortes wirklicher Bedeutung steht unter einem besonderen Gesetz der Entwicklung des Göttlichen aus ihm.“ Darf man heute sagen, daß der größte Teil unseres Volkes noch in Treue zu seinem Volkstum steht, daß er die großen Wirklichkeiten und Werte, die uns Deutschen geschenkt sind, bejaht, für sie Opfer an Begehren und Gut und Kraft zu bringen bereit ist? Wir können nur wünschen, daß uns Männer wie Arndt, Fichte, Stein wieder erstehen möchten, die dafür eintreten und mit Blut des Herzens dafür werben, daß die heiligen Güter unseres Volkstums mit neuer Gewalt und Liebe ergriffen werden, denn Verachtung des Volkstums ist Sünde gegen eine ewige Ordnung, diese Ordnung ist aber Schöpfung Gottes, der jedem Volk seine besondere Sendung und seine besondere Aufgabe zugeteilt hat.

Die zweite ewige Ordnung, die heute umkämpft und schwer gefährdet ist, ist die Familie. „Die Familie ist das Herz des Volkes“, ein wahres und tiefes Wort. Darf man in der Gegenwart sagen: Das Herz des Volkes und seine Grundlage, die Ehe, wird rein und unverletzlich gehalten? Wird sie nicht vielmehr von unheimlichen Gewalten bedrängt und bedroht? Wir reden nicht von der Gefahr, die von Russland her auf die Familie eindringt, wo man dem Gedanken der Familie den der sozialistischen Haus- und Tischgemeinschaft gegenüberstellt, wo die Litteraten des Bolschewismus auf das echte Familienleben Schalen von Spott und Hohn ausgießen und nicht ahnen, wie sie durch Herabsetzen der Ehe und Familie die physische und sittliche Kraft ihres eigenen Volkstums unterhöhlen. Wir reden vielmehr von den Gefahren, die aus unserer eigenen Verhältnisse die heilige Gottesordnung der Familie bedrohen. Es steht doch außer Frage, daß das moderne Wirtschaftsleben die Glieder der Familie auseinanderreißt, und daß viele andere Gemeinschaftskreise, in die der Mensch von heute eintritt, stärker sind als der Familienzusammenhang. Unser Leben ist heute vielfach ausschweifig geworden, das gesellige Leben ist aus dem Rahmen der Familie herausgefallen. Das Wort „Vergnügen“ spielt eine verhängnisvolle Rolle. Früher kannte man das Wort und auch wohl die Sache nicht in dem heutigen Sinne. Man möchte es hineinrufen in das gesellschaftliche Leben unserer Tage: Wendet die Formen und den Inhalt eurer Geselligkeit; was euch nicht reicher macht im Gemüt, macht euch ärmer! Vor 50 Jahren warf Niehl in seinem berühmten Buch „Die Familie“ die Frage auf: Was ist wertvoller, die Sittlichkeit und Eigenart des Volkstums und der Familie, oder das materielle Vermögen, um das es wetteifert mit anderen Völkern? Um was es heute geht, ist der Wiederaufbau und die Pflege der Familie. Sie ist an sich eine kleine Welt, und doch eine „Welt im Kleinen“, aus der die Kräfte herauswachsen, die hineintragen in die große Welt des öffentlichen Lebens. Die Verantwortlichen und Regierenden sollen sich darauf besinnen, und darum sorgen, wie dem Volk sein Bestes, nämlich seine Familie, bewahrt und neu gebaut wird. Schleiermacher setzte der Familie die große Aufgabe, daß sie „ein Staat und eine Kirche im Kleinen sei“. „Ein Volk, das vor sich selbst flieht, hat das Auswanderungsfieber“, sagt der vorhin genannte Niehl; daselbe gilt auch von der Familie. Beide, Volk und Familie, gehen, wenn sie sich nicht auf die ewige Gottesordnung, auf der sie beruhen, immer wieder besinnen, dem Verfall entgegen.

Wir reden von einer dritten Ordnung, die Gott der Schöpfer hineingestellt hat in die Menschheit, einer Ordnung, die tief hinabreicht in das Innerste des Menschen: dem Gewissen. Gewissenlos — handeln nicht viele heute so? „Gewissensbisse“, Alexander Vinet nannte dies Wort ein bewundernswürdiges Wort und meinte, es sei ein Glück, daß unsere Väter es erfunden hätten, denn es wäre nicht sicher, ob wir es finden würden — ist dies Wort für viele nicht ein Gegenstand des Hohns? Heute werden Maßstäbe und Motive für Urteil und Handeln aus soziologischen Nützlichkeitsgesichtspunkten gewonnen. Das hat seinen Grund in einer Ethik, die nicht auf dem Boden deutschen Volkstums gewachsen ist, der des Evolutionismus. Nach ihr sollen wir in dem Gewissen den organisch gewordenen Niederschlag früher gemachter Erfahrungen über das Nützliche sehen. Nach dieser Anschauung gibt es auch keine absolute, ewig gültige Moral, sondern immer nur einen Kompromiß zwischen Egoismus und Altruismus. Wer will bestreiten, daß wir in einer großen

Grunde der Seelen gelegen“, ist ein tiefes Wort von Sebastian Frank. In seinem Innersten und Tiefsten ist jeder lebendige Mensch Kreatur, die zu ihrem Schöpfer schreit. In stolzen Palästen oder auf den Ruinen des Lebens ist bei jedem ein letzter Untergrund da: Zu Gott, und eine innere Stimme, die ruft: Erlösung. Wohl ist der Mensch eine listige Kreatur, die mit viel Kunst ihr letztes Geheimnis, ihre Bedürftigkeit, verhüllt und meint, ohne Gott auskommen zu können. Aber wenn aller Glanz und Schimmer verblichen ist, zeigt sie doch die nackte, grausame Wirklichkeit. Diesem Gefühl hat der Dichter schmerzlichen Ausdruck gegeben: „Der Mensch, wenn er träumt, ist er ein Gott, und wenn er aufwacht, ist er ein Bettler.“ Aber auf den tiefen Schrei des Bettlers hat Gott geantwortet durch die Sendung Jesu Christi, der vor die seufzende Menschheit tritt mit seinem Worte: „Wer mich siehet, der siehet den Vater.“ Und die ihn sehen, sollen in Wort und Tat Zeuge davon sein, daß Gott große, selige Wirklichkeit ist. Cremer.

Not und Rettung.*)

Mein Volk, wie bist du arm und bloß,
Zerissen ist dein Kleid:
Bist du es noch, das stark und groß
Einst stand in Herrlichkeit?

Bist du es, das einst Ehr' und Ruhm
Gehielt mit blankem Schwert?
Bist du's, des stillen Selbstums
Nun wohnt am kalten Herd?

Ich höre deiner Kinder Schrei
Im Schrei nach trockenem Brot,
Und sehe deiner Frauen Haar
Gleichen von bitterer Not.

Es zerket deiner Feinde Wut
An deinem siechen Leib,
Nicht einer, der dir Gutes tut
Und dir in Treue bleibt.

Der dir allein noch helfen kann,
Mein Volk, den magst du nicht —
Und doch hält dieser starke Mann
Jetzt über dich Gericht.

Er stellt dich in Feuerhut,
Weil dir nicht Weg noch Bahn,
Weil Gottesfurcht, der Vater Gut,
Verachtet du im Wahn.

Blind bauest du im Wüstenland
Voll Torheit Babels Turm,
Und siehst nicht, daß des Herren Hand
Das Schwert erhebt im Sturm.

Ermanne dich, du Volk der Not:
Ergreife Seine Hand!
Daß Er den Fluch in Segen kehrt,
In Segen für dein Land.

Anny Andersch.

*) Das Gedicht ist als Postkarte, 10 Stück 95 Pf., durch die Verfasserin, Frau Anny Andersch, Mettmann (Rhld.), freibleihtr. 19 B, zu beziehen.

Unsicherheit aller sittlichen Begriffe leben? mehr noch: in einer völligen Verwirrung? „Werft das Bewußtsein von Sünde und Schuldigsein von euch, ordnet euer Leben neu und gesund und fürchtet nichts“, ruft der Prophet der Kameradschaftslehre Lindbergh, den Objekten seiner Erziehungsmethode zu. So erscheint das Gewissen als ein Ueberbleibsel, ein Empfindungsanachronismus einer vergangenen religiösen Erziehung, deren Reste überwinden werden müssen. Wir aber sagen: diese vermeintlichen Reste sind das eigentliche Fundament und die tiefe Wurzel des Gewissens. „Die Stimme Gottes im Menschen“ hat es der Volksmund genannt, und ein Zeitgenosse hat dafür den tiefen Ausdruck „Das Monogramm Gottes in der Menschenbrust“ geprägt. Moral predigen ist leicht, sie begründen ist schwer, meinte Schopenhauer. Wahre Sittlichkeit ist nur zu begründen durch ein Gewissen, das die bleibende, unverwundbare Spur einer allmächtigen, heiligen Hand an sich trägt, das ist die Hand Gottes. Gewissensernst und Pflichtgefühl, das immer aus der Verbindung von religiösem und sittlichem Bewußtsein erwächst, zu wecken, das ist Aufgabe der Gegenwart.

Aber diese Aufgabe kann nicht erfüllt werden, ohne daß die letzte, höchste Ordnung, die Wirklichkeit Gottes aufgezeigt, verkündet und in den Herzen und Gewissen aufgerichtet wird. Vektlich geht es ja heute um den Kampf um Gott, um die Frage, ob es eine ewige Bindung des Menschen an Gott gibt oder nicht, an einen wirklichen, nicht enträumten, an einen lebendigen, nicht erdachten Gott. Für Feuerbach war das Bewußtsein Gottes das Bewußtsein des Menschen, die Religion die feierliche Enthüllung der verborgenen Schätze des Menschen und das Eingeständnis seiner innersten Gedanken. Feuerbach wollte nach seinen eigenen Worten seine Zuhörer aus Gläubigen zu Denkern, aus Vetern zu Arbeitern, aus Kandidaten des Jenseits zu Studenten des Diesseits machen. Die Gottlosenbewegung heute wandelt in seinen Bahnen. Wie sollen wir ihr begegnen, den Kampf gegen sie führen? „Gott ist ein unaussprechlicher Seufzer, im

„Der Mensch von heute“.

Ein Wort zum „Rundfunkchristentum“.

In ausführlicher Weise hat Dr. S. Scharfe in Nr. 213 Recht, Sinn und Segen der Rundfunkgottesdienste verteidigt. Seinem „Sowohl-als-auch“, seiner Forderung religiöser Morgenfeiern „neben den üblichen Gemeindegottesdiensten“ wird kaum jemand im Ernst widersprechen wollen. Wer durch Krankheit am persönlichen Besuch der kirchlichen Gottesdienste verhindert ist, wird gerne die Möglichkeit nützen, durch den Rundfunk sich einen Ersatz zu verschaffen. Gefällt der Prediger nicht, dann kann man ihn ja „auschalten“. Jawohl, warum soll dieses neueste technische Wunderwerk nicht auch in Gottes Dienst gestellt werden? St. Paulus freut sich, wenn auf alle Weise Christus verkündigt wird. Zwar gehet hier — sozusagen — bisweilen „aus einem Munde Lob und Fluchen“ — Gottwohlgefalliges und Gottmißfälliges. Aber daran ist der Rundfunk an sich unschuldig. Die Kirche sollte nichts versäumen, damit das, was als „Evangelische Morgenfeier“ ausgegeben wird, nicht nur „psychologisch richtig“, sondern mindestens ebenso sehr evangeliumsgemäß eindeutig, kraft- und geistvoll ist. Was dabei herauskommt, ist Gottes Sache; an seinem Segen ist alles gelegen.

Soweit bin ich mit Dr. S. einverstanden. Was mir aber zu schaffen macht und was mir die Feder in die Hand zwingt, das sind seine folgenden Äußerungen:

„So schön es sein mag, Glied einer sichtbaren Kirche im Gotteshaus zu sein, mitfingen und mitbeten zu dürfen, als Gemeindeglied durch den Prediger angesprochen zu werden, oft genug ist der Weg zur Gemeinde für den Menschen von heute — und wahrscheinlich für den Menschen aller Zeiten — einfach nicht zu gehen.“ Ferner: „Nur ist es eben wichtig zu wissen, daß dieses Angepredigtsein für viele Menschen von heute einfach nicht mehr erträglich ist.“

Dr. S. wirft ausdrücklich die Frage auf, „ob Gemeindegottesdienste wirklich die einzige Möglichkeit gottesdienstlicher Betätigung darstellen“. Dr. S. verneint die Frage, weist auf das „Zu-kurz-kommen der persönlichen Wünsche des einzelnen Kirchenbesuchers“ hin, betont, daß im „modernen Gottesdienst vielfach weder von Gemeinschaft, noch von individueller Religionsübung die Rede sein kann“, erklärt, daß sich gegen die „übliche Kirchenliturgie gerade genug Einwände erheben lassen“, daß von namhaften Leuten (Sellsch) „sehr starke Kritik an den überkommenen Formen vor allem des evangelischen Gottesdienstes geübt“ und „Bedenken gegen die gemeindemäßige Form des Gottesdienstes geltend gemacht“ würden. Privates Bibelstudium und Erleben „religiöser Stimmungen in der Natur“ seien ebenfalls Äußerungen der „Beziehung zum Göttlichen“ und als „private Form der Frömmigkeit“ anerkannt. Diese letztere habe nun „in unserer Zeit der Rundfunk in ihren Dienst gestellt“, und das sei zu begrüßen; um so mehr, als der seine Einkamkeit fühlende „Rundfunkhörer mit großer Sicherheit in die Kirche zurückgeführt werde“.

Hier sind ebenso viele Probleme und Themen gestellt als Punkte aufgeführt. Zu dem letzten Punkt hätte ich zu sagen: ob durch das Rundfunkgottesdienstphänomen die Menschen „mit großer Sicherheit“ in die Kirche zurückgeführt werden, erscheint mir sehr stark zweifelhaft. Vom Standpunkt des Dr. S. aus könnte diese Wirkung sogar unerwünscht sein, da er doch wiederholt auf die Ungangbarkeit und Unerträglichkeit der „gemeindemäßigen Form“ des kirchlichen Gottesdienstes für den „Menschen von heute“ allen Nachdruck legt.

Im übrigen haben sich mir infolge der Anregung durch den Dr. S. Artikel hauptsächlich zwei Fragen zur Beantwortung aufgedrängt: 1. Ist die „gemeindemäßige Form des Gottesdienstes“ biblisch und bedeutsam? 2. Was will der „Mensch von heute“ und was braucht er?

Zu Frage 1: Bei der Beantwortung muß zunächst der Ton auf den Begriff „gemeindemäßig“ gelegt werden. Ueber die verschiedenen Liturgien und ihre Beurteilung soll im Rahmen dieser Ueberlegungen nichts weiteres gesagt werden. Nur dies eine: eine vom Geist erfüllte und aufgebaute Liturgie, in der die aktive Teil-

nahme jedes einzelnen und das Bedürfnis nach gemeinsamer Andeutung zu ihrem Recht kommen, können eine unbezahlbare Stütze für den Gläubigen sein und sind es auch. Allerdings, wo die Predigt fast ausschließlich den sog. Gottesdienst ausmacht und wo der Prediger statt Evangelium Philosophie oder Moral oder noch weniger darbietet, da ist auch für den bibel- und kirchentreuen Christen der Weg zur Kirche ein dorniger und schwerer. Unierte und reformierte Kirchenabteilungen müssen da vor allem sich bald anders besinnen.

Was das „Angepredigtwerden“ und die Abneigung des „Menschen von heute“ dagegen betrifft, so hat das seine bestimmte Verwandtschaft, von der nachher gesprochen werden soll. An dieser Stelle sei nur erinnert an das Wort: „Es kommt der Glaube aus der Predigt.“ Das gilt, wie das ganze Evangelium, für alle Zeiten, für den Menschen von gestern nicht mehr als für den von heute und morgen. „Selig sind, die Gottes Wort hören und bewahren.“ Die Predigt darf weder zu sehr hervortreten, noch zu sehr zurücktreten. Und sollte ein „Rundfunkgottesdienst“ und ein „Rundfunkchrist“ meinen, ohne Predigt auszukommen, dann täuschen sie sich beide. Was sie geben und empfangen, ist höchstens ein nebelhaftes religiöses Gefühl und eine nicht alltägliche Stimmung, aber weder Evangelium noch Glaube. Die den Aposteln aufgetragene „Predigt vom Reich Gottes“ kann nie und nimmer durch noch so künstlich gestaltete religiöse Feiern ersetzt werden. Religiöse Gefühle sind nichts, die Glaubens- und Gehorsamsgemeinschaft mit dem Herrn ist alles. Solcher Glaube wird erregt durch die Predigt der Buße und des Lebens, solcher Gehorsam durch die gepredigten Befehle des erhöhten Meisters.

Was aber bedeutet der „Gemeindegottesdienst“ als solcher? Die Antwort sollen zwei geistig ganz verschieden gerichtete Männer geben; sie haben beide um die Jahrhundertwende ihre Botschaft gebracht. Henry Drummond, der seinerzeit viel beachtete englische Naturwissenschaftler, hat ohne Scheu harte Kritik geübt an dem öffentlichen und kirchlichen Christentum: „Immer noch meinen die Leute, Kirchgehen sei Religion und verwecheln die äußerlichen Gottesdienste, das äußere Amt der Geistlichen und allerlei überlieferte Glaubenslehren mit dem lebendigen Evangelium des Menschensohnes.“ „Große Massen des Volkes sind der Kirche entfremdet. Warum? Ist es nicht, weil Christentum und Kirche für ein und dasselbe gehalten werden? Woher die Feindseligkeit? Ist es nicht, weil die Massen nur das Kirchentum kennen, das Christentum aber nicht?“ „Das eine schreiende Bedürfnis jedes Zeitalters und jeder Kultursache sind solche Jünger Christi, die seinen Willen tun!“ Und dennoch erklärt er im gleichen Buch („Die Stadt ohne Mauer“): „Hätte ich den Auftrag, eine Stadt zu bauen, und zwar eine, die vorab eine christliche Stadt sein sollte, . . . so wäre der erste Grundstein, den ich legte, der einer Kirche. Warum? . . . Für uns Durchschnittsmenschen, so wie wir einmal sind, ist der heilsame Druck bestimmter Ordnungen, die innere Stärkung durch regelmäßige gemeinsame Gottesdienste und die Erziehung in kirchlicher Unterweisung eine viel zu augenscheinliche Bewahrung unserer geistigen Gesundheit, um vernachlässigt zu werden.“ . . . „Die Kirche wird an der kirchlichen Ordnung öffentlicher Gottesdienste als einem der stärksten Mittel zur Belebung christlichen Sinnes festhalten, wird aber nie vergessen, daß wahrer Gottesdienst in persönlicher Eingabe besteht.“ „Die Kirche ist eine Stätte, wo Gott Speisemeister sein will, und wo der Christ sich in Gemeinschaft mit andern Hungernden für den Lebensweg und damit für den Himmelsweg stärkt; so kann er Christi Werk tun.“ „Mögen daher alle sich immer mehr ihrer bedienen, von ihr immer mehr sich zu heiligem, gottwohlgefälligem Tun anregen lassen und in ihr die kräftigende Gemeinschaft mit allen Kindern Gottes pflegen. Man hüte sich aber davor, die Gottesdienste an sich für Christentum zu halten.“

Friedrich Dehninger, ehemals ref. Pfarrer in Lauffen (Schweiz), bekannter Bearbeiter einer „Geschichte des Christentums“ und des „Lebens Jesu“, hat in einem Konfirmandenbüchlein seinen jungen Christen die folgenden Sätze ans Herz gelegt: „Lasset uns unsere Versammlungen nicht verlassen — mahnt der Apostel . . . In der Kirche werden die göttlich verordneten Gnadenmittel, Wort Gottes und die heiligen Sakramente, gespendet, durch welche unsere verderbte gefallene Natur zum Heil geführt wird; und es kann nicht gleichgültig sein, ob man von diesen Mitteln des Heils sein Leben hindurch regelmäßigen Gebrauch macht oder nicht!“ „Wo man im Namen Jesu zusammenkommt, da ist er, der Herr der Herrlichkeit mit seinem Segen in der Mitte. So hat er es verheißen und so erfahren wir es auch.“ „Der Sonntag, an dem du nicht in der Kirche gewesen bist, dünke dich wie keiner!“

Mit diesen vielleicht altmodisch klingenden Antworten wird bereits der Kern der zweiten oben gestellten Frage getroffen. Sie hieß: Was will und was braucht „der Mensch von heute“? Fassen wir uns kurz: „Der Mensch von heute“ will die kirchliche Gemeinschaft nicht mehr, sie ist ihm zu eng, zu rückständig, zu wenig diesseitig orientiert — darum kann er sie nicht mehr brauchen. Er ist, trotz allen modernen Sprüchen von Kommunismus, Volksorganismus, Schicksalsverbundenheit u. ä. höchstpotenzierter Individualist und Egoist. Das „Angepredigtwerden“, zumal im Geist und in der Kraft des Urevangeliums, das zur Buße ruft und zum „Sterben, damit Christus lebe“ (Blumhardt); zur unbedingten Nachfolge Jesu, welcher der Herr der Welt verheißen ist; zur demütigen Anerkennung des einmal für immer vollbrachten Veröhnungsoffers; zum Glauben an den leibhaftig Auferstandenen, ohne den unser ganzes Christentum eitel ist — das alles ist dem „Menschen von heute“, der aus seiner unheimlichen Gottlosigkeit heraus den organisierten Kampf gegen alle Religion geboren und der im Größenwahn seiner wissenschaftlichen Schöpfungen für jede Art nichtwissenschaftlichen, offenbarungsgebundenen Glaubens nur Achselzucken und Verachtung hat, ein grenzenloses Vergnügen. „Der Mensch von heute“ kann tatsächlich damit nichts mehr anfangen. Er ist ja so klug, so aufgeklärt, so überlegen, daß er diesen alten von ihm sog. Aberglauben unmöglich brauchen kann. Da, so klug ist er, daß unter seiner Wirksamkeit — der Menschheitsbau in allen Fugen kracht!

Süßen wir uns vor diesem „Menschen von heute“! Nicht so viel Respekt vor ihm! Auch er gehört zu der verlorenen Welt, für die Christus geboren, gestorben und auferstanden ist. Auch er muß von neuem geboren werden und werden wie die Kinder, sonst kann er nicht ins Reich Gottes eingehen. Auch er muß die Predigt annehmen: „Laß dich versöhnen mit Gott!“ Auch seine Natur ist todgeweiht, wenn sie nicht erneuert wird im heiligen Geist. Auch für ihn gilt das Wort des Meisters: „Ohne mich könnt ihr nichts tun.“ Auch seiner wartet das Gericht, darum, daß er die Finsternis mehr liebt denn das Licht. Ja, gerade ihm drohen schreckliche Irtrümer, weil er die Liebe zur Wahrheit verleugnet und nicht will, daß Jesus über ihn herrsche!

„Der Mensch von heute“ ist trotz allem zivilisatorischer Fortschritt das erbarmungswürdigste und hilfloseste Geschöpf, das je existiert hat. Er lebt in lauter Wahn, verzehrt sich in seiner eigenen Kraft, spottet seines Gottes und faßt zuletzt in den Abgrund als der „Mensch der Sünde“ — wenn er nicht schleunigst umkehrt zu dem Menschen vor 2000 Jahren, zu dem „Menschensohn“, in dessen Namen alles Heil der Welt beschlossen ist!

Wahrhaftig, Henry Drummond hat recht: „Neue Erfindungen im Christentum gibt es nicht, und etwas Höheres als Christi Geist und seine herzerneuernde Kraft kann nie unter uns sein.“

Was der „Mensch von heute“ dringend nötig hat, das ist das „Hören und Bewahren“ des alten Evangeliums, ist Glaube, Liebe und Hoffnung der ersten Christen, ist Ausgießung des heiligen Geistes. Dafür sollen alle Einsichtigen durch heiligen Wandel und andauernde Fürbitte kämpfen. Sonst bleibt der „Mensch von heute“ verloren für die Ewigkeiten des Reiches Gottes. — Hermann Leitz.

Volksgeundheit.

Die Notzeit zwingt zu häuslicher Sparsamkeit. Und welches unter allen Gütern des Lebens verdient mehr häusliche Pflege, vorsorgliche Schonung als gerade das edle Gut der Gesundheit, das Gut, das den Menschen nicht nur in seiner Leistungsfähigkeit erhält, sondern ihn in seelischer und geistiger Beziehung immer wieder aufrichtet, ihm den Mut zum Aushalten, ihm die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht rauben läßt. Gerade die Leistungsfähigkeit des einzelnen, die geistige und wirtschaftliche Kraft und Weltgeltung des ganzen Volkes ist bedingt durch die innere und äußere Gesunderhaltung der Volksgenossen, unter ihnen vor allem der Jugendlichen. Hier sind es aber zwei Gefahren, die Kraft und Gesundheit des ganzen Volkshörpers zu unterwühlen und zu zerstören drohen, nämlich die Tuberkulose und das Heer der Geschlechtskrankheiten. Gerade die letzteren bergen in sich ein sozial auflösendes Ferment.

Aber auch hier macht sich die drückende finanzielle Not unserer Tage besonders drückend geltend, die immer weitere Kreise zieht, die wie den einzelnen auch Staat und Kommunen zur äußersten Sparsamkeit unerbittlich zwingt. Aber gerade Sparsamnahmen bedürfen einer weisen Abwägung in ihrer Auswirkung. Wir sehen dies schon im Leben des einzelnen wie der Familie. In jedem Familienkreis bemüht man sich heute, den Etat den veränderten Verhältnissen und verminderten Einnahmen anzugleichen und so zu entsprechenden Sparsamnahmen zu gelangen. Der gewissenhafte Familienvater wird mit der größten Sorgfalt abwägen, welche Maßnahmen relativ notwendig beachtet werden müssen und welche Ausgaben in seinem Haushalt entbehrlich geworden sind. Wie man heute durch die Not gezwungen ist, auf der einen Seite an den Ausgaben für Kleidung, Vergnügungen, Erholungsreisen usw. zurückzuhalten, so zeigt sich die gebotene Sparsamkeit auf der anderen Seite doch vor allem darin, daß man mit dem höchsten aufrechten Besitz des Menschen, der Gesundheit, häuslicher und sparsam umgeht, indem man die Gesundheit der Familie und der Kinder zu erhalten sucht, indem man noch mehr als sonst durch Ausnutzung aller billigen Maßnahmen der Vorbeugung einer Erkrankung vorzubeugen sucht. Ist eine solche Vorbeugung schon für die Erwachsenen von größter Wichtigkeit, so ist sie es noch mehr für die Kinder wie für die heranwachsende Jugend überhaupt. Denn jede Krankheit bildet eine außerordentliche, unvorhergesehene Belastung des Familienbudgets, die besonders in außergewöhnlichen Zeitläuften nur schwer zu tragen ist. Wie kann nun der Familienhaushalt ausbalanciert werden? Er muß bei geringeren geldlichen Aufwendungen durch eine Steigerung der persönlichen Leistungen der Familienglieder, der Eltern, vor allem der Mutter, ausgeglichen werden. Man wird die Aufgaben im Haushalt neu verteilen und so eine Neuorganisation der Zusammenarbeit im Rahmen der Familie anzustreben suchen. Die einzelnen Personen werden sich wieder mehr selbst versorgen, um die Ausgaben für fremde Hilfe in Wegfall zu bringen. Allerdings können solche Maßnahmen nur bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden und haben auch ein bestimmtes Maß von Einnahmen zur Voraussetzung. Ohne Verpflegung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Licht wird nicht auszukommen sein. Aber selbst in besonders kritischen Zeiten werden in der Familie diese Ausgaben bis zuletzt gespart werden.

Wie im Einzelleben und im Familienleben unter dem Zwang des Sparens eine Verschiebung der Bedürfnisse und Notwendigkeiten eintritt, so auch im öffentlichen

Haushalt. Die Kommunalverwaltungen aber sind in unserem heutigen Kulturleben die Stätten, die ein geordnetes und gesichertes Leben der Bürger auf dem Gebiete der einfachsten Bedürfnisse sicherstellen müssen. Die erste und wichtigste Pflicht für das Gemeinwesen wird es sein, für Arbeit zu sorgen; denn Arbeit und Entlohnung reihen die Einzelperson und seine Familie in den sozialen Prozeß ein. Daß diese Möglichkeit nicht so ausgeübt werden kann, wie das im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit notwendig wäre, liegt in unserer heutigen schwierigen Zeit begründet. Die zweite große Aufgabe aber ist, die gerade in unserer notgedrungenen Gegenwart von erhöhter Bedeutung ist, die Bürger leistungsfähig und gesund zu erhalten. Denn das Auftreten großer, allgemeiner Erkrankungen und Epidemien oder einer gesteigerten Sterblichkeit würde heute den Bestand unseres gesellschaftlichen und sozialen Lebens aufs äußerste gefährden. Auch wird der kranke Mensch in seiner Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit eine retardierende und zerstörende Note in seine Umgebung hineinbringen und noch darüber hinaus.

Vor allem aber muß die Jugend geschützt und bewahrt werden, der die ganze Hoffnung unserer Zukunft gilt. Was wird eine Jugend, die geschwächt und widerstandslos in das arbeitsfähige Alter eintritt, noch leisten können, wenn ihr, wie es für den Existenzkampf des Deutschen auf dem Weltmarkt erforderlich ist, besonders hohe körperliche und geistige Anforderungen gestellt werden? Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben, bleibt es Ausgangspunkt und Zentralpunkt aller öffentlichen Maßnahmen, für die heranwachsende Jugend zu sorgen und schon bei Säuglingen, Kleinkindern und Schulkindern zu beginnen. Der stete Rückgang der Geburten und die geschwächte wirtschaftliche Lage weitestverbreiteter Kreise erheischen diese Sorge heute dringender denn je. Stets hat die Öffentlichkeit von allen Maßnahmen für die Gesunderhaltung und Förderung der Jugendlichen Kenntnis genommen. Durch Aufhebung der von der Öffentlichkeit gebotenen Hilfe würde ein Gefühl der Unsicherheit auftreten, das zusammen mit den Erschwernissen der wirtschaftlichen Lebensbedingungen wiederum eine Vermehrung der materiellen, aber auch der seelischen Lasten in unserer Bevölkerung bewirken würde. Nun haben die Sozialversicherungen, die in großzügiger Weise die Familienhilfe für die Angehörigen durchgeführt hatten, diese abzubauen müssen. Sie trat im Krankheitsfalle ein; die Kommunalverwaltungen werden im gleichen Umfange wie die Krankenkassen die Behandlung nicht durchführen können. Ihr ganzes Bestreben muß es sein, möglichst vorbeugend und damit für die Öffentlichkeit sparend zu wirken. Die vorsorglichen Maßnahmen der Kinder- und Jugendlichen-Gesundheitsfürsorge, aber auch die Maßnahmen für die Mütter, sind die Grundlage sparsamer Allgemeinwirtschaft.

Wenn man auch in der heutigen finanziellen Notlage nicht alle Gefährdeten hinreichend versorgen kann, so bleibt doch die unumgängliche Pflicht bestehen, das Notwendigste, das so wichtig ist wie unser tägliches Brot, durchzuführen. Man wird alle Sorgfalt und Mühe aufwenden müssen, um gesundheitliche Hilfsbedürftigkeit, langdauernde Krankheit und Minderung der Leistungsfähigkeit zu verhüten. Ist es schon für die Gesamtbevölkerung schwer, sich den andersgearteten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, so erscheint es doch als der wirtschaftlichste Weg, die vermeidbaren Gefahren zu beseitigen und so vorzubeugen zu wirken. Wenn auch der Beweis für die Erfolge der vorsorglichen Maßnahmen nur schwer durchführbar ist, weil die Wahrscheinlichkeit, mit der sich ein Gesundheitsschaden entwickelt, nicht mit mathematischer Sicherheit zahlenmäßig festgestellt werden kann, so hat doch die Erfolgskontrolle der verfloßenen Jahre mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß man nach den gesundheitlichen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegsjahre durch vorsorgliche Maßnahmen wieder eine gesunde frische Jugend ausbilden lassen konnte. Allerdings haben sich die Verhältnisse geändert. Fehlte damals die Ware zur Befriedigung der Bedürfnisse, und war Geld genügend vorhanden, so fehlt uns heute das Geld, während die Waren im Ueberfluß auf den Markt geworfen werden. Jedoch bei einer so veränderten Situation kann man nur durch eine andersartige Situation durchkommen. In dieser Neuorganisation bedeutet die Vorsorge für die Gesunderhaltung der Bevölkerung eine der wichtigsten Sparmaßnahmen, die es gibt.

Daß die gesundheitliche Sicherstellung von Nahrungsmitteln und der Seuchenschutz einwandfrei geordnet bleiben muß, dem wird sich sicherlich niemand verschließen. Daß in den Krankenanstalten alle Aufgaben sich nur auf das Ziel der Behandlung des Kranken richten müssen und alle sonstigen sehr wünschenswerten und ohne Zweifel sehr bedeutsamen Nebenuntersuchungen wissenschaftlicher oder methodischer Art vorläufig zurücktreten müssen, wird ein Gegenstand der Ueberprüfung des Ausgabenpostens der Krankenanstalten sein müssen. Vielmehr dürften die Ärzte durch diese ausschließliche Einstellung auf den Kranken eine Fülle neuer, auch soziologischer Anregungen gewinnen, die den Fortgang der Wissenschaft nicht hemmen, sondern vielmehr anregen und fördern werden. Auch wird man zur Schließung von Abteilungen, die sich zeitweilig nicht als notwendig erweisen und durch vorsorgliche Maßnahmen nicht belegt werden, schreiten können. Die einzelnen Abteilungen der Krankenanstalten sind durch genaue Berechnung ihrer eignen Betriebskosten an der wirtschaftlichen Gestaltung ihres Betriebes zu interessieren und zur Einhaltung der Etatsätze anzuhalten.

Wie in der Familie, so darf man auch in der Kommunalverwaltung heute nicht zum Abbau der für die Bevölkerung lebenswichtigen Einrichtungen schreiten, wenn man nicht wie ein Familienvater handeln will, der keinerlei Ueberblick über die Entwicklung mehr besitzt und so die Familie der Auflösung entgegenreißt.

Dr. B. Rosenbauer.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Beitel.